

IMPRESSUM

bonner perspektiven

wird herausgegeben von Bodo Hombach,

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP),
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

www.facebook.com/bapp.bonn

Redaktion

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Philip Ackermann, Stefan Müller, Hannes Wiethölter

Layout und Satz

stadtstranddesign - Franziska Harms, Tobias Kallmeyer

Druck

bonnprint.com GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



MERKEL!

**UND
DANN?**

INHALT

VERANSTALTUNGEN

NACH DER BUNDESTAGSWAHL – EIN ZWISCHENRUF (VON BODO HOMBACH)	6
ERSTES DEUTSCH-CHINESISCHES AKADEMISCHES FORUM	10
FORSCHUNGSREISE IN DIE USA	11
PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „EUROPA OHNE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT?“ MIT EDMUND STOIBER	12
DISKUSSIONSRUNDE MIT FRANK-WALTER STEINMEIER ZUM THEMA „DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER EUROKRISE. VORREITER ODER BREMSER DER INTEGRATION?“	14
ROUNDTABLE-DISKUSSION „DIE DEUTSCHE ENERGIEWENDE IN INTERNATIONALER DIMENSION“ IN KOOPERATION MIT DER BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK (BAKS)	16
EXPERTEN-LUNCH MIT WALTER RUSSELL MEAD	17
„DIE EUROKRISE – EINE GEFAHR FÜR DAS EUROPÄISCHE PROJEKT?“ – EUROPAKONGRESS MIT VORSTELLUNG DER BAPP-EUROPASTUDIE	18
ANKÜNDIGUNGEN	20
FORSCHUNGSPROJEKTE	22
LEHRVERANSTALTUNGEN	24
DEUTSCHLAND, DEINE KANZLER (VON DR. STEPHAN KLECHA)	28
KANZLER KOMMT VON KÖNNEN (VON ALFRED MERTA)	32

	WANN SOLL MERKEL ABTRETEN? (VON PROF. DR. HANS JÖRG HENNECKE)	36
	MUSS POLITIK WEIBLICHER WERDEN? (VON KATHARINA DRÖGE).....	40
	SCHLUSS MIT DEN VIELEN WAHLTERMINEN? (VON PROF. DR. FRANK DECKER)	44
	DIE PARTEIENLANDSCHAFT IN DEUTSCHLAND NACH DER BUNDESTAGSWAHL 2013 (VON PROF. DR. MANFRED GÜLLNER)	48
	ANGELA MERKEL – UND WAS SONST? DAS „C“ UND DIE FRAGE NACH DER IDENTITÄT DER CDU (VON PROF. DR. VOLKER KRONENBERG)	54
PARTEIEN	ROT-ROTE HASSLIEBE? SPD UND LINKE NACH DER BUNDESTAGSWAHL (VON VOLKER BEST).....	60
	DIE GRAUEN GRÜNEN – ZUKUNFTSAUSSICHTEN EINES WAHLVERLIERERS (VON PROF. DR. HUBERT KLEINERT)	64
	UNGEWISSE ZUKUNFT STATT NATURGESETZTMÄßIGKEIT – FDP UND AFD NACH DER BUNDESTAGSWAHL (VON DR. FLORIAN HARTLEB).....	68
	DAS PHÄNOMEN DER EIN-THEMA-PARTEI: PIRATEN UND AFD (VON PROF. DR. TILMAN MAYER).....	72

NACH DER BUNDESTAGSWAHL – ein Zwischenruf von Bodo Hombach

RICHTIG UND FALSCH, GUT UND BÖSE. LOBLIED AUF EINEN STANDPUNKT VON MITTE UND MAß

Man kann für Kernkraftwerke sein, grundsätzlich und einfach so. Man lässt sich von den Betreibern oder der konformen Partei vorrechnen, sie seien sicher, sauber und wirtschaftlich. Es sind ja auch schöne Anlagen – einmal abgesehen von der totalen Präsenz von Stacheldraht und Videokameras. Der Rückbau sei zwar langwierig, aber mit der Solidarität der Steuerzahler finanzierbar. Mit Naturkatastrophen à la Fukushima müsse man in Europa nicht rechnen. Eine Kernschmelze durch menschliches Versagen komme nur alle 25.000 Jahre vor. Nebenbei erfährt man, alle Gegner dieser Technologie seien grüne Spinner, die Deutschland de-industrialisieren wollen.

Wer den Gegnern der AKW's zuhört, erfährt das genaue Gegenteil: Die Anlagen seien unsicher, unsauber und unwirtschaftlich. Das Problem der Endlagerung hochstrahlenden Mülls für Mil-



Bodo Hombach

ist Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik.

lionen Jahre sei weder technisch, noch finanziell gelöst. Harrisburg, Tschernobyl oder Fukushima seien Belege für eine nicht beherrschbare Technologie. Das Eintrittsrisiko einer großen Katastrophe sei zwar gering, das Schadensrisiko jedoch unendlich groß. Durch diese Brille sind die Befürworter der Kernenergie kalte Technokraten, verantwortungslose Profiteure und korrupte Lobbyisten.

Das Grundmuster gegenseitiger Verteufelung passt zu vielen Konfliktlagen der Gegenwart. Wer dem Meinungsgegner nur böse Motive unterstellt, muss sich über die Qualität der eigenen keine Gedanken mehr machen. Wer den anderen als prinzipiell unbelehrbar markiert, lernt selbst nichts mehr hinzu. Wer immer nur auf dem eigenen Standpunkt steht, der kennt zwar seine Füße, aber er sieht nicht mehr den Weg oder Horizont.

Gewiss gibt es Entscheidungen, die unaufschiebbar sind und definitiv getroffen werden müssen, bevor alle Risiken bekannt und erwogen sind. Auch sind große Projekte der Infrastruktur nur zu einem Teil sachliche Aufgaben. Zum anderen sind sie Richtungsentscheidungen, wo nicht nur Zahlen und Fakten gelten, sondern auch Haltungen, Ängste und Hoffnungen. Auch sind immer Menschen beteiligt, die ihre Selbstwertgefühle hinter Balken- oder Tortendiagrammen verstecken. Dann beginnt das uneigentliche Sprechen. Man will nur noch siegen, zumindest nach Punkten,

*„Man will nur noch siegen,
zumindest nach Punkten,
und bald liegen die
falschen Alternativen auf
dem Tisch.“*

und bald liegen die falschen Alternativen auf dem Tisch. Sie pflastern bekanntlich den Weg in die Katastrophen. Wer immer nur zwischen Alles oder

Nichts wählt, landet mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit im Nichts. – Bertolt Brecht hatte einen besseren Vorschlag: „Es geht auch anders, aber so geht es auch.“

Wenn der Eindruck nicht täuscht, leiden die westlich-demokratischen Gesellschaften an einer Auszehrung inhaltlicher Ausfüllung des Standpunktes von Mitte und Maß. Der früher übliche Peak der Gauß'schen Normalverteilung dünnt aus und verteilt sich hin zu den Rändern. Das betrifft einerseits die Bandbreite der Meinungen, die im Geschrei gewisser Medien zusehends verarmt. Es betrifft besonders auch den Stil der öffentlichen Auseinandersetzung. Wir gebärden uns, als ginge es immer gleich ums Ganze. Gefühlt stehen wir permanent am Abgrund, und der Gegner will uns hineinlocken.

Schon immer gab es schäumende Wut und hasserfüllte Attacken, aber vor Jahren war das noch der auffällige Sonderfall. Wer sich solcher Methoden bediente, dokumentierte die Dürftigkeit seiner Argumente. Man schaute ihm zu, amüsiert oder empört, wandte sich dann aber ab und suchte das Bündnis mit den Wohlmeinenden, den Konstruktiven, den Mittelweg. Polemik hatte keine Chance. Satire war das Medium der Kleinkunsth Bühnen und ihrem eingeweihten Publikum. Das Kabarett war „literarisch“. Lore Lorentz, Dieter Hildebrand, Ernst Hilbich waren klar und pointensicher, vor allem aber menschlich und nie ohne einen Hauch von Me-

lanchole und Trauer. „Ich hätte so gern einmal Unrecht!“ (Erich Kästner)

Heute herrscht ein raueres Klima. Meist geht es gar nicht um die Sache, sondern um die Ansichtssache. Der Stil beherrscht die Szene. Den Gegner niederzumachen, wurde zum Volkssport. Man drischt als verbale Kesselflicker auf einander ein. Parteisekretäre geben den beißenthemmten Pitbull. Die Talkshow-Demokratie setzt auf Konfrontation als Selbstzweck. Wer eine mittlere Position zu artikulieren wagt, ist der Außenseiter. Wer einen einzigen Satz entwickeln und ihn mit Subjekt, Objekt und Prädikat zu Ende bringen will, gilt als Langweiler und wird nie wieder eingeladen. Das ist nicht die Kleist'sche „allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Sprechen“, sondern deren rabiate Vernichtung beim inkontinenten Gerede. Der Moderator fürchtet nichts mehr, als beim Moderieren erwischt zu werden. Das Mäßigen, Vermitteln, Ausloten der Zwischentöne geht ihm gegen die Berufsehre. Er will ja am Ende der Einzige sein, der sich aus dem Schlachtfeld der zerhackten Argumente strahlend erhebt. Wer immer nur siegen will, braucht viele Verlierer.

Überhaupt fehlt es an klugen Mediatoren. Familie, Schule, Verein, Gemeinde als Übungsfelder für Sozialverhalten vergilben und fransen aus. Auch die Kirchen mit ihren weisen Methoden, die Leidenschaften zu dämpfen und die Sünder wieder einzugliedern, verlieren täglich Terrain – zum Teil durch eige-

nes Fehlverhalten. Am Ufer des Mainstreams erscheinen sie als antiquierter Trachtenverein, der auf längst erloschene Tugenden setzt.

Vor allem das Internet hat alle Schleusen geöffnet. In den Blogs und Kommentaren blubbern Häme, Borniertheit und Vernichtungswille. Wer sich eben noch als Familienvater, netter Kollege und unauffälliger Nachbar gebärdete, setzt vor dem PC die Maske seines Pseudonyms auf und lässt alle Masken fallen. Gerade macht YouTube einen ersten Versuch, nur noch Beiträge solcher Schreiber zu veröffentlichen, die sich mit Klarnamen dazu bekennen. Vielleicht ist die Zeit reif für ein neuartiges Plädoyer, etwa so:

Ehret den Standpunkt von Mitte und Maß! Mitte ist nicht mittelmäßig. – Man geht auf einander zu, nicht aufeinander los. Man ist bereit, täglich ein Prinzip zu durchbrechen. In der öffentlichen Diskussion sollten wir nicht nach „gut oder böse“, sondern nach „richtig oder falsch“ unterscheiden. Nicht in Glaubenssätzen reden, sondern mit überprüfbaren Argumenten. Wir haben eine Meinung, sind aber bereit, sie an der Wirklichkeit scheitern zu lassen.

Wir sind auf dem Weg und nicht ständig auf der Flucht oder Jagd. Wer so denkt, hat etwas pflanzenhaft Geduldiges. Bodenständig und gut verwurzelt saugen sie Essenzen aus dem Grund. Sie schwanken im Wind, aber deshalb kann er sie nicht so leicht umwerfen. Sie mögen das „Sowohl-als-auch“. Sie

„Vor allem das Internet hat alle Schleusen geöffnet. In den Blogs und Kommentaren blubbern Häme, Borniertheit und Vernichtungswille.“

den Besen aus der Hand und heißt ihn, wohl achtzugeben. Dann streut er einige welke Blätter auf den frisch gefegten Weg und sagt: „Nun ist er gut.“

wollen nicht den „Triumph des Augenblicks“, sondern den „Glanz der Dauer“ (Ortega y Gasset). Wenn die „heroischen Zeiten“ der Schreihäse mal wieder alles zerschlagen haben, sind sie es, die aufräumen, die Straßen fegen und für eine warme Mahlzeit sorgen.

Sie haben eines begriffen oder schon immer gefühlt: Das Leben ist keine Formel. Es geht nicht restlos auf. In ihrer Mathematik sind Fünfe gerade, und die Parallelen schneiden sich schon im Endlichen. Auch sie liebäugeln mit dem Vollkommenen. Sie verwechseln es aber nicht mit kalter Perfektion.

Die Japaner kennen die Anekdote von dem Jungen, der auf Geheiß seines Vaters den Weg zum Teehaus fegen soll. Dreimal wird er wieder zurückgeschickt, denn der Weg sei immer noch nicht gut. Auch nach dem vierten Mal ist der Vater nicht zufrieden. Er nimmt dem Jungen

ERSTES DEUTSCH-CHINESISCHES AKADEMISCHES FORUM

26. - 28. Mai 2013

„Es ist gut, voneinander zu wissen. Besser ist es, einander persönlich zu kennen. Das Beste ist, etwas gemeinsam zu tun“, mit diesen Worten eröffnete der mitgereiste Präsident der Bonner Akademie, **Bodo Hombach**, die Premiere des Deutsch-Chinesischen Akademischen Forums der Bonner Akademie und der Akademie der Wissenschaften

China in Zhongshan, Provinz Guangdong. Unter dem Veranstaltungstitel „Climate change and global governance“ diskutierten insgesamt 30 chinesische und deutsche Wissenschaftler über die verschiedenen Bereiche des globalen Klimaschutzes. Ein Gegenbesuch der chinesischen Delegation findet am 11. - 12. Juni 2014 in Bonn statt.



*Gruppenfoto mit chinesischen und deutschen
Wissenschaftlern in Zhongshan*

FORSCHUNGSREISE IN DIE USA

24. - 28. Juni 2013



Die Delegation der Bonner Akademie



Besuch eines Schiefergasfeldes nahe Pittsburgh

Während in Deutschland noch heftig über die Energiewende diskutiert und gestritten wird, ist sie in den USA bereits in vollem Gange. Vor diesem Hintergrund besuchte eine Delegation von Wissenschaftlern und Journalisten unter der Leitung des Präsidenten der Bonner Akademie, **Bodo Hombach**, vom 24. bis 28. Juni die Vereinigten Staaten, um sich vor Ort ein Bild von der amerikanischen Energiewende zu verschaffen. Im Rahmen des Forschungsprojekts „Großprojekte in Politik und Wirtschaft als unternehmerische und politische Herausforderung“, dessen wissenschaftlicher Leiter, **Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke**, ebenfalls mitgereist war, richtete sich das Interesse

dabei vor allem auf amerikanische Ansätze zur Umsetzung und Vermittlung der mit der Energiewende verbundenen Infrastrukturmaßnahmen.



Diskussion mit amerikanischen Abgeordneten

PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA „EUROPA OHNE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT?“ MIT EDMUND STOIBER

11. Juni 2013

Mit den Worten „unser Thema ist von äußerster Wichtigkeit“ leitete **Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, die Veranstaltung „Europa ohne europäische Öffentlichkeit?“ ein. Neben Hauptredner **Dr. Edmund Stoiber**, Ministerpräsident a.D., diskutierten **Dr.-Ing. e.h. Wolfgang Clement**, Bundesminister a.D., und **Monika Piel**, ehemalige Intendantin des Westdeutschen Rundfunks (WDR), unter der Moderation von **Andreas Tyrock**, Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, vor über 200 Gästen.



Dr. Edmund Stoiber während seiner Rede



Volle Reihen in der Bonner Akademie



Blick ins Publikum



Dr.-Ing. e.h. Wolfgang Clement



Monika Piel



BA | PP
VERANSTALTUNGEN

DISKUSSIONSRUNDE MIT FRANK-WALTER STEINMEIER ZUM THEMA „DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER EURO-KRISE. VORREITER ODER BREMSER DER INTEGRATION?“

5. Juli 2013



Das Podium mit den Diskussionsteilnehmern

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, **Prof. Dr. Michael Junker**, Managing Director der Accenture Deutschland GmbH, und **PD Dr. Marcus Höreth**, Politikwissenschaftler an der TU Kaiserslautern, debattierten, wie es um die gemeinsame Währung Europas bestellt ist und welche Rolle der Euro für Deutschland politisch und wirtschaftlich spielt. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Michael Krons**, Journalist beim Fernsehsender Phoenix.



Michael Krons



Prof. Dr. Michael Junker



PD Dr. Marcus Höreth

BA | PP

VERANSTALTUNGEN



Dr. Frank-Walter Steinmeier bei seinem Vortrag

ROUNDTABLE-DISKUSSION „DIE DEUTSCHE ENERGIEWENDE IN INTERNATIONALER DIMENSION“ IN KOOPERATION MIT DER BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK (BAKS)

10. September 2013

Auf Einladung von **Dr. Hans-Dieter Heumann**, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, und **Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, diskutierten unter anderen **Prof. Dr. Diethard Mager**, Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, **Philipp Mißfelder**, MdB und außenpolitischer Sprecher der

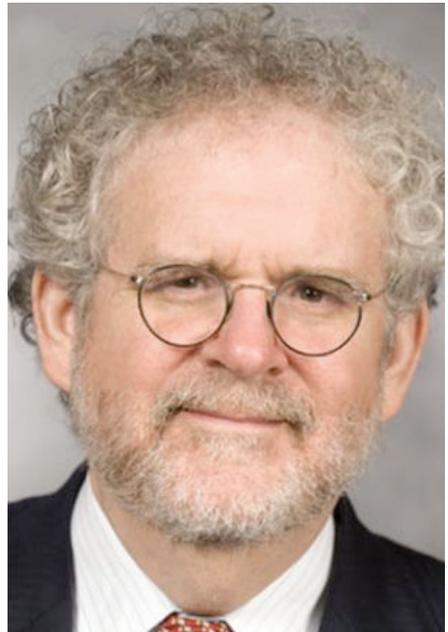
CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dr. Gernot Kalkoffen**, Vorstandsvorsitzender von ExxonMobil Central Europe Holding GmbH, sowie **Dr. Harald Klimenta**, Experte für Umweltschutz und Aktivist bei Attac, über die aktuelle Bilanz, die bereits ergriffenen Maßnahmen und die weiteren Ziele der Energiewende in Deutschland.



EXPERTEN-LUNCH MIT WALTER RUSSELL MEAD

8. Oktober 2013

Im Rahmen der neuen Gesprächsreihe „Across the Atlantic: Aktuelle Themen im transatlantischen Verhältnis“, die von der Bonner Akademie in Kooperation mit dem US-Generalkonsulat Düsseldorf organisiert wird, sprach **Walter Russell Mead** (Foto rechts), einer der führenden Kenner der amerikanischen Außenpolitik und des transatlantischen Verhältnisses, zum Thema „U.S. Foreign Policy and the Future of Transatlantic Relationship“. Die nächste Veranstaltung dieser Reihe findet am 25. März 2014 mit dem amerikanischen Botschafter **John B. Emerson** statt.



„DIE EUROKRISE – EINE GEFAHR FÜR DAS EUROPÄISCHE PROJEKT?“ – EUROPAKONGRESS MIT VORSTELLUNG DER BAPP-EUROPASTUDIE

28. November 2013

Die Frage, ob die Krise des Euros eine Gefahr für das europäische Projekt ist, wurde am 28. November 2013 in einer Diskussionsrunde mit **Dr. Alfred Gusenbauer**, Bundeskanzler der Republik Österreich a.D., **Prof. Dr. Matthias Herdegen**, Direktor der Institute für Öffentliches Recht und für Völkerrecht der Universität Bonn, **Prof. Dr. Michael Junker**, Managing Director der Accenture Deutschland GmbH, sowie **Dr. Jürgen Rüttgers**, Bundesminister a.D. und Ministerpräsident a.D., erörtert. Die Moderation der Veranstaltung übernahm **Rolf-Dieter Krause**, Leiter des ARD-Europa-Studios Brüssel.

Die Veranstaltung begann mit einer Einführung durch **Rüdiger Oppers**, Bevollmächtigter des Vorstands und Leiter der Abteilung Public Affairs im Zentralbereich Kommunikation & Vorstandsbüro der Evonik Industries AG. Im Anschluss stellte **Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, die Forschungsergebnisse der BAPP-Europastudie vor. Die wesentlichen Aussagen der Diskussionsrunde wurden von **Prof. Dr. Volker Kronenberg**, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn, zum Abschluss der Veranstaltung noch einmal zusammengefasst.





Rüdiger Oppers



*Hauptredner des Abends
Dr. Alfred Gusenbauer*



*Bodo Hombach präsentiert
die Ergebnisse der
BAPP-Europastudie*



Dr. Jürgen Rüttgers



Rolf-Dieter Krause



Prof. Dr. Michael Junker



Prof. Dr. Matthias Herdegen



*Prof. Dr. Kronenberg
fasst die wesentlichen
Aussagen zusammen*

ANKÜNDIGUNGEN

DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN
DER BONNER AKADEMIE



16. Dezember 2013

„Mitsprache erwünscht? – Bürgerbeteiligung in der Finanzpolitik“ mit **Dr. Norbert Walter-Borjans** (1), Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, **Tim Guldemann** (2), Schweizer Botschafter in Deutschland, sowie **Prof. Dr. Michael Opielka** (3), Direktor des Instituts für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT). **Andreas Tyrock** (4), Chefredakteur des Bonner General-Anzeigers, übernimmt die Moderation der Veranstaltung.



21. Januar 2014

„Generalisten – Spezialisten für Alles?“ mit **Dr. Werner Müller** (5), Vorstandsvorsitzender der RAG-Stiftung sowie Bundesminister a.D., **Michael Schmidt** (6), Vorstandsvorsitzender der BP Europa SE, und **Peter Müller** (7), Bundesverfassungsrichter sowie Ministerpräsident a.D. Moderiert wird die Veranstaltung von **Dr. Alexander Kissler** (8), Ressortleiter beim Politmagazin Cicero.



(Foto: Bilfinger)



Foto: Uta Wagner

17. Februar 2014

„Großprojekte in Politik und Wirtschaft - wie wird aus ‚gut gemeint‘ auch ‚gut gemacht‘?“ mit **Roland Koch** (9), Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE sowie Ministerpräsident a.D., sowie **Gabor Steingart** (10), Vorsitzender der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Handelsblatt.



18. März 2014

„Gerechtigkeit – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ mit **Christian Lindner** (11), Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen.

Weitere Informationen zu den Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage unter:
www.bapp-bonn.de/veranstaltungen

FORSCHUNGSPROJEKTE

DIE FORSCHUNGSPROJEKTE
DER BONNER AKADEMIE IM JAHR 2014



Im Jahr 2014 richtet die Bonner Akademie drei neue Forschungsprojekte aus, die sich mit aktuellen Fragestellungen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft befassen und auf Grundlage ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse zukunftsorientierte Lösungsansätze entwickeln.

Erregungskampagnen in Politik und Wirtschaft – digitale Öffentlichkeit zwischen Candy- und Shitstorms

Das Forschungsteam will sowohl die Dynamik von Erregungskampagnen nachzeichnen und analytisch fassbar machen, als auch eine praxisrelevante Umsetzung dazu erarbeiten, wie sich solche Prozesse erkennen, beeinflussen und unter Umständen sogar positiv nutzen lassen.

Vaterland Europa? Europäische Identität in der Zeit der Euro-Verschuldungskrise

Die Forschungsgruppe beabsichtigt im Zusammenhang mit der Euro-Schuldenkrise, die geschichtlichen, kulturellen und politischen Gründe zu durchleuchten, die einzelne Ländergruppen zu unterschiedlichen Einstellungen und Beziehungen zu Europa sowie zur europäischen Identität bewegen.

Globale Krisen, nationale Proteste: Empörungsbewegungen nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte und die Rolle des Internets

Im Zentrum des Forschungsprojekts stehen die Fragen, ob sich die Empörungsbewegungen, die sich im Zuge der weltweiten Finanz- und Schuldenkrise entwickelt haben, an nationale oder internationale Adressaten richten, und welche Funktion das Internet in diesem Zusammenhang als Organisations- und Kommunikationsmittel einnimmt.

Weitere Informationen zu den Forschungsprojekten finden Sie auf unserer Homepage unter: www.bapp-bonn.de/forschung

LEHRVERANSTALTUNGEN

LEHRVERANSTALTUNGEN
DER BONNER AKADEMIE

Das Lehrprogramm für Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft, Medien und Wissenschaft sowie für Doktoranden der Universität Bonn und der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg bildet eine zentrale Säule der Bonner Akademie, um einen bereichsübergreifenden Austausch zu ermöglichen. Im Fokus der unterschiedlichen Einheiten des Lehrprogramms

steht die Betrachtung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragestellungen mit aktuellem und praxisnahem Bezug.

Weitere Informationen zu den Lehrveranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage unter: www.bapp-bonn.de/lehrveranstaltungen





Krisenkommunikation als Normalfall

(zwischen Medieninteresse und Aufgabenwahrnehmung)

Praxisbeispiel Bundesrechnungshof

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik

2. Juli 2013

Bundesrechnungshof

Praxisbeispiel zur Lage, Funktion und Öffentlichkeitsarbeit

Wolfgang Wüstenhagen

bonner perspektive

Magazin der Bonner Akademie für Forschung und Lehre

MERKEL!



**BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK**

ektivien

Nr. 2 | 2013

orschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)



BEITRÄGE VON

Stephan Klecha
Alfred Merta
Hans-Jörg Hennecke
Katharina Dröge
Frank Decker
Manfred Güllner
Volker Kronenberg
Volker Best
Hubert Kleinert
Florian Hartleb
Tilman Mayer

UND DANN?

DEUTSCHLAND, DEINE KANZLER

von Stephan Klecha

Seit Konrad Adenauer umweht die Kanzlerschaft in Deutschland eine ganz besondere Aura. Die von Adenauer noch sorgsam gepflegte Kanzlerdemokratie ist unterdessen hinfällig geworden. Längst haben Mechanismen und Logiken des Koalitionshandels, der medialen Darstellung, der europäischen Integration und der föderalen Verbundstrukturen den Kanzler gleichsam eingeschnürt beziehungsweise die Möglichkeiten einer hierarchischen Steuerung geraubt. Dennoch identifizieren sich die Wähler offensichtlich in erheblichem Maße stärker mit der Person an der Spitze als mit der jeweiligen Partei.

Gerade bei der jüngsten Bundestagswahl war das eklatant. Die inhaltlichen Positionen der Sozialdemokraten erlangten vielfach höhere Zustimmung als jene der Union. Alleine es nützte der SPD herzlich wenig, denn gegen die grandiosen Zustimmungswerte zu Angela Merkel konnte die SPD mit ihrem Kandidaten nicht anstehen. Dass sich Peer Steinbrück dabei nun an der Darstellung seiner Person in den Medien reibt, ist verständlich. Gleichwohl wäre



Dr. Stephan Klecha

arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

die überhastete Präsentation im Herbst letzten Jahres und die sich daran anschließende Pannenserie vermeidbar gewesen, wenn man in der Parteispitze der SPD das Unterfangen Kanzlerkandidatur besser vorbereitet hätte. Denn Kanzlerkandidaten hatten es stets schwer. Fast nie konnten sie die Popularität des Amtsinhabers übertreffen. Daher ist es fraglich, ob ein sorgsameres Vorgehen der SPD etwas verändert hätte, denn Merkel macht in den Augen der Deutschen ihre Arbeit anscheinend gut. Einen in historischen Kategorien denkenden Sozialwissenschaftler muss das ein wenig irritieren, denn was bleibt

von Merkels Kanzlerschaft bislang hatten, außer der Tatsache, dass jeder Koalitionspartner hinterher arg gerupft aus den Wahlen herausgekommen ist?

Aber vielleicht ist das auch gar nicht so wahnsinnig wichtig. Das im kollektiven Gedächtnis verankerte dauerhafte, historisch herausragende politische Erbe der Kanzlerschaften Ludwig Erhards, Kurt Georg Kiesingers oder Helmut Schmidt ist – gelinde gesagt – ebenfalls gering. Dennoch waren sie populär, erfuhren nicht nur bei den eigenen Anhängern eine regelrechte Verehrung, wobei sich das bei Erhard wohl eher auf seine Rolle bei der Einführung der Mark bezog. Helmut Kohl fand als Kanzler seinen Platz in der Geschichte erst, als der historische Zufall ihm die deutsche Einheit bescherte.

Das doch diffuse Bild der Kanzlerschaften wurzelt nicht zuletzt darin, dass alle Kanzler im Amt meist programmatisch flexibel agierten, ja mit der latenten Tendenz zur offensichtlichen Prinzipienlosigkeit. Merkel hat das, als präsidentielles Regieren veredelt, sogar zum Leitmotiv ihrer Kanzlerschaft werden lassen. Sie agiert leidenschaftslos, nüchtern und sehr kontextabhängig, wie sich an der Rückabwicklung der Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke oder an der Aussetzung der Wehrpflicht gut zeigen lässt. Gepaart mit mangelnder Konfliktfähig- und -willigkeit kann das für einen Kanzler gerade in Zeiten einer ökonomischen Krise überaus ungemütlich werden, woran Erhard und vor allem Brandt auch of-

fenkundig gescheitert sind. 2009 konnte Merkel dabei vom Format der Großen Koalition profitieren.

Neben dem Regierungsformat wird die Balance zwischen Standhaftigkeit und Flexibilität auch dadurch gewahrt, dass der Kreis besonders loyaler Mitarbeiter Wendungen und Wandlungen der Kanz-

„Seit Konrad Adenauer umweht die Kanzlerschaft in Deutschland eine ganz besondere Aura.“

ler nicht nur mitträgt, sondern diese kommuniziert und administriert. Insbesondere ein effizient geführtes Kanzleramt trägt immens zum Erfolg bei. Eine Ministerriege, die zwar die verschiedenen Strömungen, Landesverbände und Persönlichkeiten einbindet, sich zugleich aber als loyale Stütze begreift, ist ebenfalls von Nutzen, aber keineswegs leicht zusammenzustellen. Zumal ein Kanzler allenfalls Einfluss auf die Besetzung der seiner Partei zustehenden Positionen hat. Ähnlich wichtig ist die Spitze der größten Regierungsfraktion. Mit einem selbstsicheren Fraktionsvorsitzenden kann ein Kanzler dabei umgehen, wenn er Formen findet, mit diesem zu kooperieren oder diesen einzurahmen. Bei Kiesinger sorgte schon das Format der Großen Koalition dafür, dass dem selbstbewussten Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel Grenzen gesetzt wurden. Für Kohl war es etwa möglich, mit Alfred Dregger zusam-

menzuarbeiten, weil er über die parlamentarischen Geschäftsführer weitere Zugänge in die Fraktion hinein hatte. Schröder und Merkel hat es geholfen, dass die jeweiligen SPD- beziehungsweise CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden keinerlei Ambitionen auf das Kanzleramt hatten.

„Trotzdem scheint sich das Ende der Kanzlerschaft Merkels abzuzeichnen.“

Neben diesen quasi aus der Struktur des Staatswesens herrührenden Notwendigkeiten, Verwaltungsarbeit, Regierungsgeschäfte und parlamentarische Unterstützung zu organisieren, kommt dem Verhältnis zur Partei noch eine besondere Funktion zu. Zumeist strafte die Kanzler ihre Partei mit Misachtung oder bestenfalls mit Gleichgültigkeit. Sie konnten die Partei aber auch – wie im Falle Kohls – zu ihrem eigentlichen Machtzentrum werden lassen. Ungeachtet dessen mussten sie in bestimmten Situationen Zugeständnisse machen. Das galt vor allem dann, wenn die eigene Partei bei den Landtagswahlen zwischenzeitlich schwere Niederlagen erleiden musste. Das hat bei Erhard, Brandt, Schmidt und Schröder das Ende ihrer Kanzlerschaften eingeläutet und ebenfalls beinahe zum Sturz Kohls beigetragen. Insofern ist es bemerkenswert, dass es Merkel bislang nicht geschadet hat, dass die CDU reihenweise Landtagswahlen verloren hat.

Trotzdem scheint sich das Ende der Kanzlerschaft Merkels abzuzeichnen. Am Ende der nun begonnenen Legislaturperiode wäre sie 12 Jahre im Amt. Bei Adenauer und Kohl setzte spätestens zu diesem Zeitpunkt die Kanzlerdämmerung ein. Es ist also an der Zeit, nach dem nächsten Kanzler oder der nächsten Kanzlerin Ausschau zu halten. Geduld scheint in diesem Zusammenhang eine überaus interessante Eigenschaft zu sein, die ein Kanzleraspirant mitbringen sollte. Wer – wie einst Barzel – allzu forsch die Kanzlerschaft anstrebt, scheitert. Wer hingegen wohl und sachlich abwägt, zudem Niederlagen einkalkuliert und stoisch wie Kohl diese auch hinnimmt, der scheint die besten Voraussetzungen mitzubringen, um Kanzler zu werden.

„Kanzlerschaften sind somit Ausdruck der kontextuellen Bedingungen, ohne dass man sie als zwingend Resultierende der gegebenen Umstände ansehen sollte.“

Kanzlerschaften sind somit Ausdruck der kontextuellen Bedingungen, ohne dass man sie als zwingende Resultierende der gegebenen Umstände ansehen sollte. Anders formuliert, Bundeskanzler besitzen zweifelsohne Handlungsspielräume, doch sie müssen sich diese durch eine zu ihrer Person und zu den gesellschaftlichen Gegebenheiten passende Handlungsarena erschließen. Dabei müssen sie unter Beweis stellen, dass sie sich wandelnden Verhältnissen anpassen können. Insofern kann man an der Person des Kanzlers oder gegenwärtig der Kanzlerin eben auch die Veränderungen im Regierungssystem der Bundesrepublik nachvollziehen. Das doch ermattete, wenig polarisierte und leicht zufriedene, selbstgefällige politische Klima im Land, dazu scheint Merkel zu passen. Was aber, wenn sich die Umstände ändern?

KANZLER KOMMT VON KÖNNEN

von Alfred Merta

Das Amt formt den Amtsinhaber, der Amtsinhaber prägt das Amt. Dieser Mechanismus der Macht hat mehr als 60 Jahre lang beim Amt des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland gut funktioniert. Deutschland hatte Glück mit seinen Kanzlern. Adenauer, Brandt, Schmidt und Kohl sind die herausragenden Figuren der deutschen Nachkriegspolitik und in kommenden Jahrzehnten werden auch Schröder und Merkel in historischen Würdigungen als gute, vielleicht sogar große Kanzler erscheinen.

„Auf den Kanzler kommt es an“ – diesen frühen Wahlkampflogan haben in verschiedenen Formulierungen fast alle deutschen Regierungschefs für sich beansprucht, meist mit Erfolg. Zuletzt gelang es Angela Merkel, die Bundestagswahl im September 2013 zu einer Abstimmung über ihre Person umzufunktionieren.

Dabei weisen politische Analytiker immer wieder darauf hin, dass die Macht heutiger Kanzler in Wirklichkeit weitaus beschränkter ist als vom Wählerpublikum vermutet. Anders als



Alfred Merta

war als Journalist unter anderem für den Axel-Springer-Verlag tätig und arbeitet heute als freier Publizist.

Adenauer, der in der Gründungsphase der Republik noch klar die Richtung vorgab, müssen Kanzler wie Schröder und Merkel um politische und gesellschaftliche Kompromisse ringen, müssen ihre Vorstellungen und Mehrheiten in komplizierten Koalitionsverhandlungen absichern. Zudem werden viele entscheidende Themen, von der Finanz- bis zur Verbraucherpolitik, auf europäischer Ebene entschieden oder sogar bei Gipfeltreffen auf der politischen Weltbühne verhandelt.

Dass es angeblich auf den Kanzler ankommt – ist das demnach nur ein gro-

ßer Wahlkampf-Bluff? So paradox es klingt: Gerade weil die Möglichkeiten des Bundeskanzlers bzw. der Bundeskanzlerin, Entscheidungen per ordre durchzusetzen, immer geringer werden, wird die Bedeutung des Amtes weiter zunehmen. Je unübersichtlicher die Welt wird, desto mehr kommt es auf den einen Menschen an, der das Land klug durch politische und wirtschaftliche Stürme steuert.

Dass das Amt mit dem mittelalterlichen Namen Kanzler (Kanzleichef an Fürstenthöfen) bei den Deutschen grundsätzlich in hohem Ansehen steht, von dem jeder neue Bundeskanzler zehren kann, liegt zunächst einmal schlicht an den bisherigen Amtsinhabern. Keiner von ihnen hat politisch versagt, keiner hat mit seinem persönlichen Lebensstil die Bürger gegen sich aufgebracht. Die Kanzler haben dem Amt einen Bonus verschafft. Das Amt duldet auch keinen Jux. Als sich der FDP-Vorsitzende Westerwelle 2002 zum „Kanzlerkandidaten“ ausrief, ist ihm dieser Wahlkampf-Gag am Wahltag ganz schlecht bekommen. Was die Ansprüche an einen Bundeskanzler und die Bewertung seiner Leistung betrifft, haben sich die Maßstäbe spätestens seit Kohl geändert und sie werden sich noch weiter verändern. Bundeskanzler werden immer seltener als politische Visionäre und Zukunftsgestalter auftreten sollen und können, dafür werden noch stärker ihre Qualitäten als Krisenbewältiger und Problemlöser gefragt sein. Der erste Kanzler dieser Ausprägung war Helmut Schmidt.

Ihm waren wegweisende Richtungsentscheidungen nicht vergönnt, jedoch wendete er fundamentale Bedrohungen vom Land ab – von der Ölkrise bis zum RAF-Terror. Manche Historiker messen Schmidts Amtszeit nur mindere Bedeutung zu, die Wähler sehen das bis heute ganz anders.

„Kanzler müssen heute keine Fragen mehr beantworten, die sie sich selbst gestellt haben, sondern Fragen, die ihnen von der Realität aufgedrängt werden.“

Siehe Schröders Sozialreformen und Merkels Euro-Rettung: Kanzler müssen heute keine Fragen mehr beantworten, die sie sich selbst gestellt haben, sondern Fragen, die ihnen von der Realität aufgedrängt werden. Den Bürgern reicht es, wenn diese Fragen hinreichend beantwortet werden. Das honorieren sie bei der Wahl. Denn da sie selbst nicht mehr durchblicken, wollen sie einem Kanzler vertrauen, von dem sie das Gefühl haben, dass er den Durchblick hat. Umfragen vor dem Wahltermin im September 2013 ergaben als politische Grundstimmung der Deutschen: Merkel soll Kanzlerin bleiben, am besten an der Spitze einer Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD. Also möglichst viel Bewährtes und möglichst viel Konsens. Politik soll nach der Mehrheitsmei-

nung der Deutschen möglichst nicht aufregend und kontrovers sein, wie es Leitartikler und Talkshow-Gäste gern fordern. Aufregung und Kontroversen suchen die Menschen heute in ihrem Berufs- und Privatleben, bzw. sie haben davon bereits mehr, als ihnen lieb ist. Politik soll verlässlich sein und Sorgen fernhalten.

Wie Angela Merkel ihre Rolle als Bundeskanzlerin vor der Wahl 2013 ausgestaltet und wie sie sich zur zentralen Figur der deutschen Politik stilisiert hat, ist faszinierend, dürfte aber selbst für Merkel nicht mehr wiederholbar sein. Jeder Kanzler ist ein Unikat, jeder muss das Amt auf seine Weise ausfüllen. Dennoch können sich künftige Bewerber an zwei Merkmalen orientieren, die Merkels Erfolg ausmachen: Professionalität und der Wille zur Macht im eigenen Lager.

Professionalität: Kurz vor dem Wahltermin klebte die CDU Plakate mit dem Satz: „Damit Deutschland weiter gut regiert wird.“ Ziemlich gewagt, wenn man die vierjährige Stümperei der schwarz-gelben Koalition und die Fehlleistungen mancher Minister noch im Sinn hatte. Aber Merkels Nimbus überstrahlte diesen Alltags-Kleinkram. Wenn es wirklich ernst wird, übernimmt sie das Steuer. Merkel allein bedeutet schon gutes Regieren – sollten die Wähler glauben und glaubten es. Mit einer ähnlichen Argumentation hat übrigens 2011 der SPD-Politiker Olaf Scholz das Bürgermeister-Amt von Hamburg mit absoluter Mehrheit für seine Partei zu-

rück erobert. „Hamburg muss wieder gut regiert werden“, das war der zentrale Satz der Scholz-Kampagne.

Gutes politisches Handwerk des Regierungschefs bedeutet nicht reine Technokratie. Es bedeutet nicht, dass Parteien und Parteiprogramme im politischen Leben keine Rolle mehr spielen. Beide sind nach wie vor mit entscheidend, denn gewählt wird bei der Bundestagswahl keine Person, sondern eine Partei. Doch ohne die richtige Führungsfigur, die von der Partei getragen wird und die zum Programm passt, gibt es keinen Wahlsieg. Merkel hat diesen Dreiklang ziemlich einfach hingekriegt: Sie hat sich durch Personalentscheidungen die Partei untertan gemacht und das Programm weitgehend von der Konkurrenz übernommen. Dafür erntete sie Kritik und auch Hohn, aber nur so wurde die Union wieder programmatisch mehrheitsfähig.

Wille zur Macht: Drei Wochen vor der Wahl griff SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück im Bundestag Angela Merkel an: „Sie sind die Architektin der Macht, aber Sie sind nicht die Architektin des Landes.“ Ein schöner Satz, der aber einen doppelten Trugschluss enthält. Zum einen ist es ja eben nicht mehr die Aufgabe des Kanzlers, das Land als „Architekt“ in seinem Sinne zu gestalten. Merkels Deutschland ist ein Zweckbau, in dem sich jeder Bewohner nach seinen eigenen Vorstellungen einrichten kann. Der Kanzler muss dafür sorgen, dass die Statik stabil bleibt.

Deshalb ist es auch nichts Schlimmes, wie Steinbrück wohl suggerieren wollte, „Architekt der Macht“ zu sein. Kanzler kommt heutzutage von Können. Und zum Können gehört: erkennen, wie es geht, und dafür sorgen, dass es dann auch umgesetzt wird. Ganz zu schweigen von der Macht in den eigenen Reihen. Gerade weil die Umsetzung oft mühevolleres Verhandeln mit verschiedenen Partnern und Interessengruppen ist, darf der Kanzler nicht auch noch durch Gegenwind aus der eigenen Umgebung geschwächt werden. Die nette, bescheiden auftretende Frau Merkel aus dem Wahlkampf hat in den vergangenen Jahren auch vor brutalen Schnitten nicht zurückgeschreckt, wenn sie ihre Position und ihren Einflussraum bedroht sah. Als sie zum Beispiel den Umweltminister Röttgen entließ, bekannte sie laut vielfacher Überlieferung: „Jetzt geht es um mich.“

„Die SPD hat nun vier Jahre Zeit, die richtige Person an der Spitze zu finden.“

Im Sinne von Professionalität und Machtpolitik war die uneins auftretende SPD-Führung im Wahlkampf eher das Architekturbüro einer Bruchbude. „Wir müssen als Partei auftreten, die die Kanzlerschaft anstrebt und der man das Regieren zutraut“, hat Hamburgs Bürgermeister Scholz folgerichtig für die Wahl im Jahr 2017 gefordert.

Die Kanzlerschaft anstreben heißt: einen Kandidaten zu haben, dem die Bürger das Amt zutrauen. Er muss dieses Amt unbedingt wollen, und er muss die Macht haben, es ungehindert ausüben zu können. Das funktioniert nach aller Erfahrung am leichtesten, wenn der Kandidat auch Parteivorsitzender ist.

Die SPD hat nun vier Jahre Zeit, die richtige Person an der Spitze zu finden. Genauso beginnt für die CDU bald die Zeit nach Merkel. Im Grunde steht die Union schon jetzt vor derselben Aufgabe wie die SPD. Für Merkel ergibt sich dabei eine neue Herausforderung: Zum richtigen Zeitpunkt den geeigneten Nachfolger bzw. die richtige Nachfolgerin zum Zug kommen zu lassen – das hat noch kein deutscher Bundeskanzler geschafft.

WANN SOLL MERKEL ABTRETEN?

von Hans Jörg Hennecke

Mancher eingefleischte Sozialist oder Ordoliberaler mag meinen: „Am liebsten sofort.“ Keine Frage, es sind viele inhaltliche Anliegen denkbar, derentwillen man an Angela Merkels nüchternem, auf Sicht steuerndem Regierungsstil verzweifeln könnte. Aber Hand aufs Herz: Wer auf dem Polit-Turf würde es besser machen? Und entspricht nicht Angela Merkels Regierungsstil im Großen und Ganzen den zahlreichen Selbstbeschränkungen und Machtkontrollen, die die politische Ordnung der Bundesrepublik von je her charakterisieren?

Realistisch betrachtet wird Angela Merkel seit ihrem großen Wahlsieg vom Herbst 2013, mit dem sie zu ihren Vorgängern Adenauer und Kohl in den Kanzler-Olymp aufgestiegen ist, zwar mit der lästigen Frage nach einem Ende ihrer Amtszeit leben müssen. Doch die Erfahrung lehrt, dass sich Staatsmänner und Staatsfrauen in dieser delikaten Frage nicht von wohlmeinenden oder ungebetenen Ratgebern drängen lassen, sondern zuallererst ihrer eigenen Sicht auf die eigene Unentbehrlichkeit folgen. Fast alle Kanzler hielten es



Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Rostock.

mit Konrad Adenauer, der seinen nörgelnden Koalitionspartnern im Sommer 1953 mit entwaffnender Treuherzigkeit den Wind aus den Segeln nahm: „Ich bin leider nicht in der Lage, von meinem Amt zurückzutreten. Wenn ich das könnte, würde ich das heute tun.“

Auch bei Angela Merkel spricht nichts dafür, dass sie es Papst Benedikt XVI. gleich tun und zu einem völlig überraschenden Moment „plena libertate“ – in völliger Freiheit – ihren Rücktritt ankündigen könnte. Denn in absehbarer Zeit gibt es keine Gründe, die ihr einen Rücktritt nahelegen könnten.

Ernste gesundheitliche Probleme sind bei Merkel nicht bekannt. Sie erfreut sich nach allem, was man weiß, einer physischen Belastbarkeit, die Freund und Feind Respekt abnötigt. Von persönlicher Ermattung im Amt, wie sie einst Brandt scheitern ließ, ist bei Merkel weit und breit keine Spur. Sie genießt es, politische Macht auszuüben, aber sie ist kein manischer Machtmensch, der sich durch Einseitigkeit und Maßlosigkeit erschöpft. Sie scheint vielmehr ein intellektuelles Vergnügen am Spiel der Politik zu haben, und hat sich vermutlich mehr als viele andere, denen der Weg in die Politik von Frühauf vorgezeichnet war, eine innere Distanz zum politischen Geschäft bewahrt. Sie besitzt noch immer die Gabe, sich in die Rolle des Beobachters, auch des ironischen und selbstironischen Beobachters, zu begeben und daraus Motivation, Entspannung und Erfrischung zu beziehen. Sie leidet nicht an ihrem Amt und sehnt sich wohl auch nicht nach einem Leben nach der Politik.

Auch mit einem anderen Amt kann man sie gewiss nicht aus dem Kanzleramt herauslocken. Jedes europäische Amt – vom Amt des Bundespräsidenten ganz zu schweigen – wäre gemessen an den Gestaltungsmöglichkeiten, über die Merkel derzeit als Regierungschefin des größten Landes und als Doyenne der wichtigsten europäischen Parteienformation verfügt, nichts als ein Trostpreis.

Ein anderer Grund, sich zurückzuziehen, könnte für langjährige Regierungschefs darin bestehen, dass sich die eigene Partei vernehmbar abwendet. In der Union herrscht zwar einiges Gegrummel auf den hinteren Rängen, und man kann der Parteivorsitzenden Merkel mit guten Gründen noch mehr Versäumnisse vorwerfen als der Bundeskanzlerin.

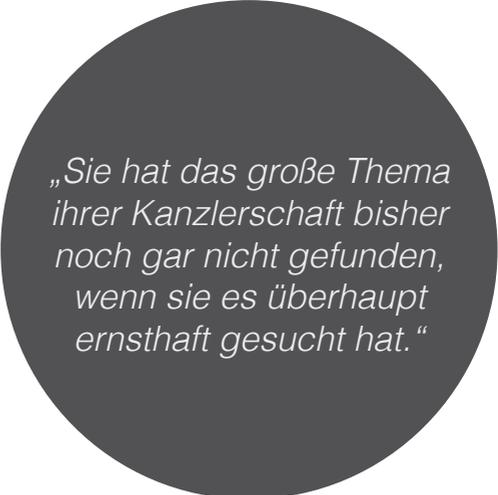
„Ein Führungswechsel würde bis auf weiteres schlichtweg gegen die Parteilaison verstoßen.“

Aber weit und breit zeichnet sich kein Aufstand ab, dem Merkel nicht mühelos gewachsen wäre. Ein Führungswechsel würde bis auf weiteres schlichtweg gegen die Parteilaison verstoßen.

Denn ein anderer denkbarer Rücktrittsgrund ist im Falle Merkels gleichfalls nicht gegeben. Es könnte natürlich klug sein, zu einem selbstbestimmten Zeitpunkt zurückzutreten, um einem gut vorbereiteten und breit akzeptierten Nachfolger die Übernahme des Staffels zu erleichtern. Wenn ihr das gelänge, hätte Merkel Adenauer und Kohl eine politische Leistung voraus. Doch es ist in der Union niemand in Sicht, der als Hoffnungsträger für eine neue Ära taugt. Weder in ihrem glanzlosen Kabinett noch in den arg gelichteten Reihen der Unionsministerpräsidenten gibt es Figuren, die einen Nachfolgeanspruch aus eigenem Recht gegen Merkel ernsthaft anmelden könnten. Merkel steht in

der Union noch für einige Zeit konkurrenzlos da, denn es ist ihre persönliche Leistung, dass sie die Bündnisfähigkeit ihrer Partei nach fast allen Seiten erweitert hat. In dieser wichtigen Disziplin kann ihr niemand das Wasser reichen. Noch ein anderes, zugegebenermaßen idyllisch anmutendes Motiv für einen selbstbestimmten Rücktritt ist im Falle Merkels nicht in Sicht: Regierungschefs können zurücktreten, wenn sie die Scheuer eingefahren haben und ihr Platz in den Geschichtsbüchern gesichert ist. Solche Erwägungen – siehe Adenauer, siehe Kohl – dienen freilich im Zweifelsfalle als Argument, sich noch länger ans Amt zu klammern – weil eben die politische Lebensleistung noch nicht gesichert scheint.

Im Falle Merkels läuft ein solch hehres Motiv ohnehin ins Leere: Sie hat das große Thema ihrer Kanzlerschaft bisher noch gar nicht gefunden, wenn sie es überhaupt ernsthaft gesucht hat. Es gibt kein großes Reformprojekt, an dem sie mit Herzblut hängt und an das sie leichtsinnigerweise ihre politische Existenz geknüpft hat. Da ist nichts, was eines Tages als große Einzelleistung da steht und den Stoff für einen Rücktritt in Stärke und Würde böte. Und eines ist sicher: Ihren großen Wahlsieg wird sie gewiss nicht wie weiland Edmund Stoiber in Bayern durch eine zügellose Reformpolitik an allen Fronten verspielen. Vielleicht das Thema Europa als historisch verkürter Höhe- und Schlusspunkt der Kanzlerschaft? Aber bei allem Ungemach, das die Finanzmarktkrise,



„Sie hat das große Thema ihrer Kanzlerschaft bisher noch gar nicht gefunden, wenn sie es überhaupt ernsthaft gesucht hat.“

die Währungskrise, die Staatsschuldenkrise und die institutionelle Selbstüberforderung der EU über Europa gebracht haben, ist kein fulminantes Finale zu erwarten, das den idealen Zeitpunkt für einen Rücktritt böte. Den Europäern wird ihre verkorkste Währungsunion um die Ohren fliegen, oder – was wahrscheinlicher ist – Deutschland beugt sich der Mehrheitsstimmung und lässt sich auf eine Weichwährungsunion mit nachlassender Wettbewerbsfähigkeit ein, die langsam, aber sicher vor sich hinsieht. Weder bei dem einen noch bei dem anderen Szenario steht Merkel am Ende als allein verantwortliche Versagerin oder Heldin da.

Angela Merkel mag zwar ihren machtpolitischen Zenit nun überschritten haben, aber eine Kanzlerdämmerung kann lange dauern. Diese Kanzlerin wird erst zurücktreten, wenn es un-

vermeidbar ist. Am Ende wird nicht sie selbst, sondern werden Parteifreunde oder die Konstrukteure einer gegen sie gerichteten Koalition ihre Kanzlerschaft beenden. Und Merkel wird damit nicht hadern. Sie wird dann nicht die bange Frage stellen: „Und was wird aus mir?“, sondern sich nüchtern, undramatisch und im Reinen mit sich selbst den Umständen fügen, die sie ein letztes Mal nicht ändern kann. Und die Deutschen werden sie auch ohne theatralischen Abgang und ohne große historische Leistung in guter Erinnerung behalten.

MUSS POLITIK WEIBLICHER WERDEN?

von Katharina Dröge

Angela Merkel, Hannelore Kraft, Kerstin Müller oder Caroline Linnert haben in den letzten Jahren gezeigt, dass Frauen in der deutschen Politik alles werden können: Bundeskanzlerin, Ministerpräsidentin, Fraktionsvorsitzende oder Finanzministerin. Damit ist Politik in Deutschland sichtbar weiblicher geworden. Auch der Anteil an Frauen in den Parlamenten steigt beständig. Bundestagspräsident Lammert hat in der konstituierenden Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 22. Oktober hervorgehoben, dass es noch nie so viele weibliche Abgeordnete in der Geschichte des Bundestages gegeben habe, wie in dieser Legislaturperiode.

Damit gilt es festzuhalten: Die Politik in Deutschland ist und wird weiblicher! – zumindest quantitativ. Und das ist auch richtig so. Denn Frauen steht selbstverständlich die Hälfte der politischen Verantwortung zu. Das gilt völlig unabhängig von der Frage, ob Frauen auf eine andere Art und Weise Politik machen als Männer oder ob es einen typischen weiblichen Politikstil gibt.



Katharina Dröge

ist Volkswirtin und Abgeordnete im Bundestag für die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.

Das war in der Vergangenheit lange nicht der Fall. Und davon sind wir auch heute noch weit entfernt, trotz deutlich erkennbarer Verbesserungen. Denn tatsächlich sind Frauen im Bundestag nur mit 36,5 Prozent vertreten. In vielen Landesparlamenten ist der Anteil noch deutlich geringer: in Nordrhein-Westfalen liegt er bei knapp 30 Prozent, in Niedersachsen bei 28 Prozent. Außerdem lag der Frauenanteil im Kabinett Merkel noch nie über 33 Prozent, und bisher wurde keine Frau in diesem Land Außenministerin oder Ministerpräsidentin in Bayern. Von der Hälfte der Macht sind Frauen, unabhängig von der Zusammensetzung der Regierungen in

Deutschland, somit noch weit entfernt. Wenn man mit der Frage, ob Politik weiblicher werden soll, also meint, ob es noch mehr Frauen in politischer Verantwortung geben sollte, dann ist die Antwort eindeutig: Ja!

Die Antwort auf die Frage nach einem typisch weiblichen Politikstil ist da schon deutlich differenzierter zu beantworten. Betrachtet man die mediale Berichterstattung über Frauen und Männer in der Politik, dann werden dort vor allen Dingen Rollenzuschreibungen und Klischees geboten: Männliche Führung wird oft als dominant, risikoreich und entscheidungsfreudig beschrieben. Der typisch weibliche Führungsstil

„Angela Merkel, Hannelore Kraft, Kerstin Müller oder Caroline Linnert haben in den letzten Jahren gezeigt, dass Frauen in der deutschen Politik alles werden können.“

wird als kompromissbereite Politik des Vermittelns und der sanften Ansprache skizziert. Als Antagonismen dienen der abwartende Politikstil von Angela Merkel auf der einen und die „Basta-Politik“ von Gerhard Schröder auf der anderen Seite.

Ganz so binär und unterkomplex ist die Welt nicht. Um im Beispiel zu bleiben

müsste man sich erst einmal fragen, ob Angela Merkel ihre „Politik des Aussitzens“ nicht von ihrem politischen Ziehvater Helmut Kohl gelernt hat. Damit wird eine geschlechterspezifische Rollenzuschreibung schon schwieriger. Zum anderen sagt diese Kommentierung vielleicht etwas über den nach außen sichtbaren Stil aus, über den internen Führungsstil einer Angela Merkel wissen wir damit noch wenig. Im Klartext: Bundesvorsitzende der CDU wird eine Frau nicht allein durch Sanftheit, Nettigkeit und Abwarten.

Auch wenn es mit Sicherheit große Unterschiede zwischen der Persönlichkeit einer Angela Merkel und eines Peer Steinbrücks gibt, lautet die These, dass ein gewisses Maß an Durchsetzungsfähigkeit, Machtdenken und Dominanz allen Führungspersonen in Politik und Wirtschaft gemein ist – unabhängig vom Geschlecht.

Damit ist nicht gesagt, dass es keine Unterschiede im Politikstil zwischen Männern und Frauen gibt. Es könnte jedoch sein, dass Frauen, die es im männlich dominierten politischen System Deutschlands nach oben geschafft haben, einfach mehr von diesen als männlich beschriebenen Attributen mitbringen als andere Frauen, und dies ein Grundstein ihres machtpolitischen Erfolges ist.

Folglich muss man sich bei der Frage nach unterschiedlichen Politikstilen von Männern und Frauen mehr der Be-

trachtung ihres Werdegangs widmen als dem Verhalten der Personen, die es bereits an die Spitze geschafft haben.

Dabei bieten die Grünen einen guten Fundus. Als einzige Partei in Deutschland haben die Grünen eine 50 Prozent-Frauenquote in ihrer Satzung verankert. Im Ergebnis gibt es in keiner anderen Partei so viele Frauen in Führungsverantwortung wie hier.

Natürlich sollte man nicht vom persönlich Erlebten auf das Generelle schließen. Doch geben meine Beobachtungen, die ich in 13 Jahren Parteimitgliedschaft bei den Grünen - in denen ich hunderte von Personeneinzelwahlen mitbekommen habe - vielleicht ein gutes Indiz für die Diskussion meiner These.

Denn wenn ich auf diese letzten 13 Jahre zurückblicke, dann erinnere ich mich an keine einzige Situation, in der sich für ein Amt, das es zu wählen galt, kein männlicher Bewerber finden ließ. Oft sind es im Gegenteil meist mehrere männliche Interessenten für einen Platz. Ganz anders sieht es da bei den Frauen aus. Die in der Grünen Satzung verankerte Frauenquote sieht vor, dass mindestens 50 Prozent aller Plätze mit Frauen besetzt werden müssen.¹ Es gibt also sogenannte offene Plätze, auf denen jede und jeder kandidieren kann, und sogenannte Frauenplätze, auf

denen Männer nicht antreten dürfen. Bei den Plätzen, die allein für Frauen reserviert sind, ist die Bewerberinnenlage meist übersichtlich. Oftmals tritt nur eine Bewerberin ohne Gegenkandidatin an. Nicht selten müssen Frauen gezielt angesprochen und zur Kandidatur ermuntert werden.

Das liegt jedoch nicht daran, dass es keine geeigneten weiblichen Bewerberinnen gibt. In den Gesprächen, die auch ich geführt habe um Frauen zur Kandidatur zu ermuntern, begegnete mir oft folgende Fragen: „Kann ich das überhaupt? Habe ich genug Erfahrung, genug Wissen? Trauen die anderen mir das zu?“ Manchmal wurden diese Fragen auch von Frauen geäußert, die schon seit vielen Jahren politisch aktiv waren und ihre fachliche Kompetenz bereits zur Genüge unter Beweis gestellt hatten. Bei Männern habe ich diese Selbstzweifel viel seltener wahrgenommen.

Ein zweiter wichtiger Unterschied: Frauen ziehen die Fachpolitik dem Rampenlicht in der ersten Reihe vor. Bescheidenheit, Selbstkritik, Zurücknahme der eigenen Person zugunsten von Teams sind bei Frauen aus meiner Sicht verbreiteter als bei Männern.² Dies führt auch dazu, dass Frauen sich in Debattenrunden - dem klassischen Ort der politischen Profilierung - weniger häufig zu Wort melden. Meist begnügen sie sich mit der Rolle der fleißigen

1 Vgl. Satzung des Bundesverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frauenstatut §1.1 Mindestquotierung. http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/satzung_des_bundesverbandes.pdf

2 Vgl. C. Peus, I. Welpke: Frauen in Führungspositionen - Was Organisationen wissen sollten. *Organisationsentwicklung*, 2/2011, S. 47-55.

Organisatorin im Hintergrund und halten den Laden am Laufen. So werden sie weniger wahrgenommen - auch von anderen Frauen - und kommen in der Sicht anderer weniger für herausragende Positionen in Frage.

Diese Charaktereigenschaften sind ein stilbildender Unterschied zwischen Männern und Frauen. Und diese Eigenschaften sind es dann auch, die mich zu der Aussage bringen, dass Politik tatsächlich im Stil „weiblicher“ werden

*„Frauen ziehen die
Fachpolitik dem
Rampenlicht in der ersten
Reihe vor.“*

sollte. Denn Personen, die stärker zu Selbstkritik und fachpolitischen Arbeit und weniger zur Show neigen, können zu einem veränderten Führungsverhalten viel beitragen. Weniger Risikobereitschaft und das Setzen auf gemeinschaftliche Lösungen sind für PolitikerInnen ebenso wichtig wie Machtinstinkt und Führungsstärke. Sie helfen Frauen und Männern, nicht nur in der Politik nach oben zu kommen, sondern auch eine qualitativ bessere Politik zu machen.

Deshalb lautet mein Plädoyer:

Männer und Frauen in Führungspositionen sollten mehr ausprobieren: Sie sollten sich eine größere Klaviatur an Verhaltensregeln aneignen und eine größere Vielfalt an Führungsstilen zei-

gen. Davon werden wir alle politisch profitieren, und sie selbst letztendlich auch.

SCHLUSS MIT DEN VIELEN WAHLTERMINEN?

von Frank Decker

Es gibt Ideen, die liegen soweit neben der Sache, dass man sich fragt, warum sie dennoch immer wieder aus dem Hut gezaubert werden. Dazu gehört der Vorschlag, die Landtagswahlen zusammenzulegen – entweder auf denselben Tag wie die Bundestagswahl oder auf einen Termin inmitten der Legislaturperiode. Damit soll die Regierungspolitik aus den Fängen eines Dauerwahlkampfes befreit werden, in dem sie sich durch die Häufung der Wahlen angeblüht befindet. Die Klage, ein konsequentes Regieren mit gelegentlich auch unpopulären Maßnahmen sei aufgrund der ständig anstehenden Wahlen nicht möglich, ist so alt wie die Bundesrepublik selbst. Die Forderung nach einer Zusammenlegung der Landtagswahlen wurde bereits 1953 vom damaligen CSU-Finanzminister Schäffer erhoben. 50 Jahre später erneuerte SPD-Kanzler Gerhard Schröder den Vorschlag, nachdem seine Partei eine Landtagswahl nach der anderen verloren hatte. Dies ging so weit, dass die rot-grüne Regierung 2005 im Bundesrat praktisch handlungsunfähig war. Dies – und nicht die von Schröder behauptete fehlende Unterstützung in der SPD-Bundestags-



Prof. Dr. Frank Decker

ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

fraktion – war der Hauptgrund für die von ihm selbst veranlassten vorgezogenen Neuwahlen.

Die Klage über die „störenden“ Landtagswahlen hängt mit deren starken bundespolitischen Überlagerung zusammen. Weil die Länder über gleichsowohl geringe gesetzgeberische Zuständigkeiten verfügen, nutzen die Bürger die Landtagswahlen, um gleichzeitig auch über die Bundespolitik abzustimmen. Finden die Wahlen zwischen den Bundestagswahlen statt, schadet das in der Regel den Regierungsparteien, während die Opposition mit Stim-

mengewinnen rechnen kann. Weil die Wähler bei den Landtagswahlen nicht über das Schicksal der Regierung direkt bestimmen, können sie sich diese Form der Sanktionswahl „gefahrlos“ leisten. Finden die Landtagswahlen dagegen in zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl statt, gleichen sich die Ergebnisse zum Vorteil der Regierungsparteien des Bundes in der Tendenz an. Am stärksten ist dieser Effekt, wenn Landtag und Bundestag – wie zuletzt in Hessen – am selben Tag gewählt werden.

„Welche Lösungen kommen in Frage?“

Die bundespolitische Überlagerung der Landtagswahlen ist unter Demokratiegesichtspunkten prekär, weil die jeweiligen Landesregierungen dadurch für Leistungen und Versäumnisse belohnt bzw. bestraft werden, an deren Zustandekommen sie unmittelbar gar keinen Anteil haben. Dieses Problem könnte freilich durch eine Zusammenlegung der Landtagswahlen nicht behoben werden, es würde sich im Gegenteil noch verschärfen. Fänden die Wahlen an einem Termin inmitten der Legislaturperiode statt, würden diese in der öffentlichen Wahrnehmung erst recht als Zwischenwahlen aufgefasst, bei denen die Politik der Bundesregierung auf dem Prüfstand steht. Das hätte auch dramatische Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Bundesrates. Eine Bundesregierung müsste schon zu Beginn ihrer Amtszeit damit

rechnen, nach einem solchen Wahltag mit einer gegenläufigen Mehrheit in der Länderkammer konfrontiert zu sein. Die Landtagswahlen würden faktisch zu einer zweiten Bundestagswahl. Nicht minder absurde Folgen hätte es, die Wahlen zeitgleich mit der Bundestagswahl abzuhalten. Hier würde die Verzerrung genau in der umgekehrten Richtung eintreten. Für die Regierungsparteien hätte das den Vorteil, dass sie mit gleichlautenden Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat rechnen könnten. Der Preis dafür wäre jedoch eine noch stärkere Unitarisierung: Die Landespolitik würde vollends ins Hintertreffen geraten.

So gesehen ist es einigermaßen beruhigend, dass eine Zusammenlegung der Landtagswahlen ohnehin kaum realisierbar sein dürfte. Ihre Umsetzung wäre ja nur mit Zustimmung der Länder möglich, die bereit sein müssten, die Dauer der Wahlperioden und Modalitäten der Parlamentsauflösung untereinander anzugleichen. Warum sollten sie einen solchen Eingriff in ihre Verfassungsautonomie, die ja den Kern des eigenen Staatsverständnisses ausmacht, dulden oder unterstützen? Selbst dann könnte es immer noch zu vorgezogenen Neuwahlen kommen, die den Wahlkalendar wieder durcheinander bringen. Seit 2008 war dies immerhin fünfmal der Fall (in Hessen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und im Saarland).

Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass man sich mit dem bestehenden Zustand abfinden muss. Welche Lösungen kommen in Frage?

1. Am konsequentesten wäre es, wenn man die bundespolitische Überlagerung der Landtagswahlen durch eine Aufwertung der Länderpolitik zurückdrängt. Die Chancen dafür sind in der unitarisch geprägten Bundesrepublik allerdings fast gleich Null. Dies lässt sich auch an den bescheidenen Ergebnissen der 2006 beschlossenen Föderalismusreform ablesen, die den Ländern nur wenige Zuständigkeiten zurückgegeben hat (z.B. bei der Beamtenbesoldung, beim Ladenschluss oder beim Strafvollzug).

2. Genauso unrealistisch ist eine Reduktion der Zahl der Länder durch eine Neugliederung des Bundesgebietes. Dafür hat das Grundgesetz nahezu unüberwindliche Hürden aufgebaut.

3. Erfolgversprechender erscheint der Ansatz, die Eigenständigkeit der Länder in institutioneller Hinsicht stärker zu betonen. Weil die Länder das parlamentarische Regierungssystem des Bundes bis ins Detail nachahmen, brechen sich auch die Strukturen der Parteipolitik und Koalitionsbeziehungen auf die gliedstaatliche Ebene herunter. Würde man nach dem Vorbild der Kommunen Parlament und Regierung getrennt voneinander bestellen, das heißt von der parlamentarischen zur präsidentiellen Regierungsform wech-

seln, wäre die bundespolitische Überlagerung automatisch geringer. Durch die in den Ländern bestehenden Verfahren der Volksgesetzgebung könnte eine solche Reform gegebenenfalls auch gegen den Willen der Parteien durchgesetzt werden.

4. Wenig bringen würde die von Bundestagspräsident Norbert Lammert jetzt erneut in die Debatte geworfene Empfehlung, die Wahlperiode des Bundes von vier auf fünf Jahre zu verlängern. Dieser Vorschlag erscheint auch unter Demokratiegesichtspunkten problematisch. Nachdem die meisten Bundesländer von der vier- zur fünfjährigen Legislaturperiode übergegangen sind, ist die Zahl der Wahlen ja bereits reduziert worden, ohne dass dies zu einer merklichen Verbesserung der Regierungseffizienz geführt hätte.

5. Um eine wenigstens partielle Zusammenlegung zu erreichen, könnten die Bundesländer ihre schon vorhandenen Bemühungen um eine Koordinierung der Wahltermine weiter verstärken. Nichts spricht dagegen, dass die Landtage in – sagen wir – drei oder vier Bundesländern am gleichen Tag gewählt werden. Darüber hinaus ließen sich einzelne Landtagswahlen und die ebenfalls landesweit stattfindenden Kommunalwahlen mit den bundesweiten Europawahlen verbinden. Zu überlegen wäre auch, ob nicht Abstimmungen über Sachfragen generell an Wahltagen stattfinden sollten, um von der dort in der Regel höheren Beteiligung zu profitieren.



*„Nichts spricht
dagegen, dass die
Landtage in – sagen
wir – drei oder vier
Bundesländern am
gleichen Tag gewählt
werden.“*

6. Wegen der starken bundespolitischen Beeinflussung der Landtagswahlen stellt es ein Problem dar, wenn der Landtagswahltermin einseitig von den Regierungsparteien festgelegt werden kann. So hat z.B. die hessische CDU davon profitiert, dass die jüngste Landtagswahl zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfand, während die bayerische Staatsregierung umgekehrt eine Zusammenlegung gerade deshalb vermeiden wollte, weil die CSU bei Wahlen im Land traditionell besser abschneidet als im Bund. Um solchen Missbräuchen vorzubeugen, sollte der Wahltermin von der Regierung nur im Einvernehmen mit der Opposition festgesetzt werden können, was zurzeit nur Brandenburg und Sachsen so vorsehen. Lässt sich eine Einigung nicht herstellen, wäre es am fairsten, den Termin per Los zu bestimmen.

PARTEIEN

DIE PARTEIENLANDSCHAFT IN DEUTSCHLAND NACH DER BUNDESTAGSWAHL 2013

von Manfred Güllner

Viele der SPD-Mitglieder, die gegen eine Koalition ihrer Partei mit der Union sind, begründen dies mit der schweren Niederlage der SPD bei der Bundestagswahl 2009, die sie auf die Große Koalition zwischen 2005 und 2009 zurückführen.

Am dramatischen Wählerschwund der Sozialdemokraten 2009 (als die SPD im Vergleich zur Wahl 2005 6,2 Millionen Stimmen weniger erhielt) war aber nicht – wie manche SPD-Mitglieder annehmen – ihre Beteiligung an einer Koalition mit der CDU/CSU schuld. Dieser Vertrauensverlust der SPD kam zustande, weil die SPD sich von der zwar von der Mehrheit der Bürger befürworteten, aber von der Mehrheit der Führungs- und Funktionärskader der Partei bekämpften Schröderschen Erneuerungs- und Modernisierungspolitik abkehrte. Hinzu kam, dass die SPD in der Großen Koalition zeitweilig gleichzeitig Regierung und Opposition spielte. Vor



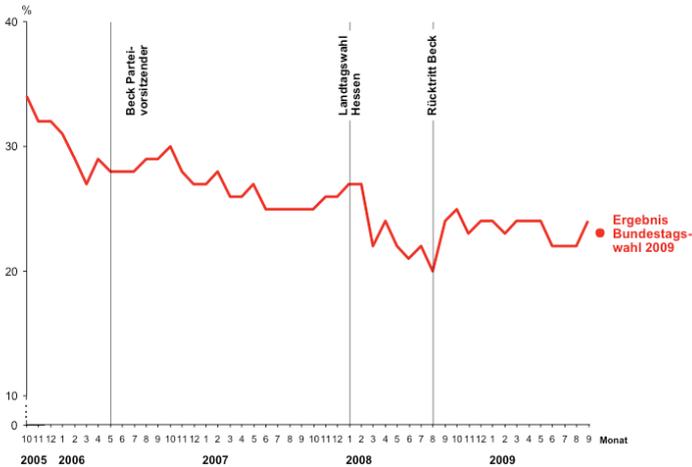
Prof. Dr. Manfred Güllner

ist Professor für Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin sowie Geschäftsführer und Gründer des Meinungsforschungsinstituts Forsa.

allem aber verlor die SPD durch den psychopathologische Züge aufweisenden Ego-Trip einer Andrea Ypsilanti in Hessen jedwede politische Glaubwürdigkeit, wie sich an der nachfolgenden Übersicht ablesen lässt.

Wäre die Große Koalition an sich der Hauptgrund für die dramatischen

SPD-Präferenzen 2005 bis 2009

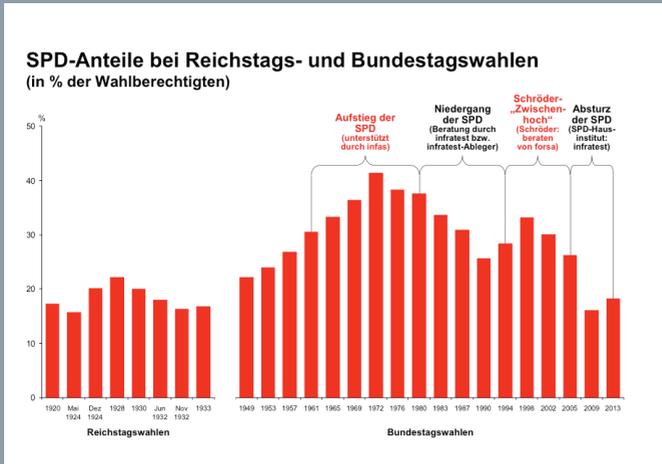


forsa. 10/13 Gü/Wi

SPD-Verluste bei der Bundestagswahl 2009 gewesen, dann hätte die SPD 2013 nach vier Jahren in der Opposition einen großen Teil der seit 1998 verloren gegangenen über 10 Millionen Wähler wieder zurückgewinnen müssen (1998 wurde die SPD noch von mehr als 20 Millionen Wählern, 2009 jedoch von noch nicht einmal 10 Millionen gewählt). Doch das Wählervotum von 2013 zeigt, dass die SPD auch in der Opposition und trotz weitgehender Abkehr von der Schröderschen Politik noch nicht aus ihrem Jammertal herausgefunden hat: Auch 2013 wurde die SPD noch von 9 Millionen Wählern weniger gewählt als 1998. Selbst das von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ausgegebene bescheidene Wahlziel

von einem Plus von 5 Millionen Wählern gegenüber 2009 (damit hätte die SPD allerdings immer noch 3 Millionen Wähler weniger als die Union gehabt) wurde weit verfehlt. Nur knapp 1.3 Millionen frühere SPD-Wähler fanden den Weg zur SPD zurück - wohl weniger aus Überzeugung denn aus alter Loyalität. 18 von 100 Wahlberechtigten gaben 2013 den deutschen Sozialdemokraten ihre Stimme. Damit liegt die SPD unter den Anteilen, die sie bei den ersten Wahlen 1949, 1953 und 1957 in der sich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus langsam formierenden demokratischen Bundesrepublik erhalten hatte (das waren 1949 22, 1953 24 und 1957 27 Prozent der Wahlberechtigten). Eine ähnlich schwache

Mobilisierung von Wählern gab es für die SPD in der deutschen Wahlgeschichte nur bei den Reichstagswahlen 1924, 1932 und der letzten nur noch eingeschränkt freien demokratischen Wahl im März 1933.



Doch ähnlich wie in der Anfangsphase des demokratischen Nachkriegsdeutschlands, scheint die SPD heute die gesellschaftliche Realität nicht adäquat wahrzunehmen. Nach 1945 gingen die Sozialdemokraten davon aus, dass das Volk ihnen als der ältesten und der Partei, die neben den Kommunisten unter dem Nazi-Regime am stärksten gelitten hatte, die moralische, geistige und politische Führung im Land übertragen würde. Doch das war weder 1949 noch bei den nachfolgenden Wahlen 1953 und 1957 der Fall. 1957 erhielt die Union mit Konrad Adenauer sogar die absolute Mehrheit der Stimmen. Dadurch wurde die SPD damals aber wachgerüt-

telt und stellte sich der Wirklichkeit. Sie leitete mit dem Godesberger Programm eine ideologische Entrümpelung ein, die sie für neue Wählerschichten der bürgerlichen Mitte wählbar machte. Und die SPD legte sich mit infas ein Institut zu, mit dessen Hilfe sie sich – so wie die CDU es mit Allensbach seit 1950 tat – Zugang zu wahlsoziologischen Daten, Analysen und Erkenntnissen verschaffte.

Doch nach den Niederlagen 2009 und 2013 sind ähnliche Konsequenzen nicht sichtbar. Stattdessen scheint die SPD in einer Art

Bunkermentalität zu verharren. Man hält trotzig an nicht mehrheitsfähigen Positionen fest und redet sich ein, dass es ja an sich allüberall ein „sozialdemokratisches Moment“ gibt, das auf soziale und ökonomische „Transformationen drängt“ (so Thomas Meyer, einer der sozialdemokratischen Nach-Denker, dessen Denk- und Sichtweisen allerdings der der amtierenden Generalsekretärin und vieler hauptamtlicher Funktionäre entsprechen), „Die Kräfte der Empörung in den malträtierten Gesellschaften“ begännen sich - so träumt man - zu sammeln, „um zur Gegenwehr überzugehen“ (Meyer). Auf dieser auch vom jetzigen SPD-Hausinstitut infra-

test, das anders als früher infas eher Verdrängungs- als Erkenntnishilfe leistet, geförderten Fehleinschätzung dürfte die völlig verfehlte Strategie des SPD-Wahlkampfes beruhen. Doch dem Lebensgefühl der großen Mehrheit der Wahlbürger in der Republik entsprach der Gerechtigkeits- und Umverteilungswahlkampf der SPD nicht. Dass die „Gerechtigkeit im Bereich der Verteilungs- und Teilhabechancen fortwährend massiv verfehlt wird“ (Meyer) glaubt außer den SPD-Kadern nur eine Minderheit der Deutschen.

Wäre es anders, hätten auch die Grünen und die Linke mit ihren Gerechtigkeitswahlkämpfen besser abschneiden müssen, als sie es bei der Bundestagswahl am 22. September getan haben. Beide Parteien aber haben flächendeckende Verluste hinnehmen müssen, weil auch sie den Stellenwert der sozialen Gerechtigkeit in der Bedürfnishierarchie der Bürger falsch eingeschätzt hatten. Bei der Linkspartei zeigt sich zudem das grundsätzliche Problem dieser Partei, nämlich dass sie keine homogene Wählerschicht in Ost und West hat, sondern aus zwei verschiedenen Wählergruppen besteht. Im Osten sind diejenigen Stammwähler der Linkspartei, die sich auch fast ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung noch als „Verlierer der Einheit“ fühlen. Da deren Anteil langsamer als unmittelbar nach der Wende erwartet abnimmt, hat die Linke in den neuen Ländern moderate Verluste (- 18 %) als im Westen (- 32 %), wo nicht überwiegend die Ärms-

ten der Armen zur neuen linken Partei wanderten, sondern im Kern „nörgelnde Intellektuelle“, die ihren Verdruss an der Gesellschaft schon zeitlebens vor sich hertrugen und die Linke als neues Forum entdeckten, wo sie ihren Verdruss glaubten zelebrieren zu können. Doch so wie die Faszination eines Oskar Lafontaines für dieses Wählersegment schwindet, geht auch die Attraktivität der Linkspartei insgesamt im Westen stark zurück.

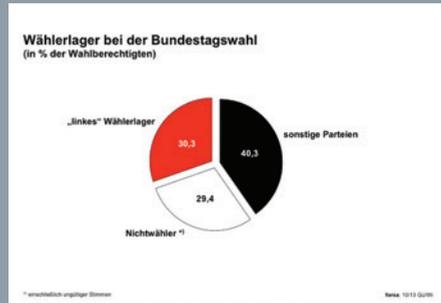
Neben der Linkspartei haben aber auch die Grünen flächendeckend weniger Stimmen als 2009 erhalten. Die grüne Bewegung, die nach ihrem stimmungsmäßigen Höhenflug im Umfeld des Reaktorunglücks von Fukushima vom SPIEGEL schon zur „neuen deutschen Volkspartei“ hochgetitelt wurde, haben 2013 20 Prozent weniger Wähler als 2009 gewählt. Die Grünen sind im Wesentlichen auf ihre alt-grüne Kernwählerschaft geschrumpft. Die meisten „Neu-Grünen“, die der Partei schon 2009 zu ihrem bis dahin besten Wahlergebnis verhalfen und die vor allem nach 2009 von der SPD und teilweise auch von der Union kommend mit den Grünen geliebäugelt hatten, haben die Grünen 2013 wieder verlassen. Mit ihrem Versuch, sich neben ihren angestammten Themen Umwelt, Frauen und Frieden auch noch mit dem Thema Gerechtigkeit zu schmücken, haben sich die Grünen in Konkurrenz zur SPD und zur Linkspartei begeben und - wegen der Fehleinschätzung der Bedeutung dieses Themas für die große Mehrheit der Bürger - damit

Wähler verloren statt zu gewinnen. Die Grünen werden in Zukunft wohl – wie die anderen etablierten Parteien auch – mit normalen Maßstäben gemessen und dürften keine Höhenflüge mehr wie nach Fukushima erleben.

Insgesamt ist das „linke“ Wählerlager aus SPD, Linkspartei und Grünen mit einem Anteil von rund 30 Prozent aller Wahlberechtigten so schwach wie noch nie seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990. Im Vergleich mit 1998, als das linke Lager von 43 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt wurde, ist die Zahl der Wähler von SPD, Linkspartei und Grünen insgesamt 2013 um fast ein Drittel geschrumpft.

Alle nicht zum linken Lager gehörenden Parteien zusammen sind mit einem Wähleranteil von rund 40 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten) deutlich stärker als das linke Lager. Fast ebenso stark wie das linke Wählerlager ist im Übrigen das Lager der Nichtwähler. Die Union allein ist mit einem Wähle-

ranteil von über 29 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten) fast genauso stark wie das gesamte linke Lager. Damit liegt die CDU/CSU mit Angela Merkel wieder über dem Anteil, den Helmut Kohl nach 16 Jahren seiner Kanzlerschaft der Union 1998 mit 28,5



Prozent hinterlassen hat. Angela Merkel hat mit ihrem von vielen intellektuellen Kulturkritikern (auch in den Medien) kritisierten unspektakulären Wahlkampf das Lebensgefühl vieler Menschen mit ihrem ausgeprägten Bedürfnis nach Sicherheit und Konsens in der Politik besser getroffen, als die vereinigte Linke mit ihren Horrorszenarien

▪ **Entwicklung des „linken“ Wählerlagers bei den Bundestagswahlen seit 1990**

Wahl	SPD	Grüne	Linke (PDS)	„linkes“ Lager insgesamt	
				absolut	in % der Wahlberechtigten %
1990	15.545.366	2.347.407	1.129.578	19.022.351	31,5
1998	20.181.269	3.301.624	2.515.454	25.998.347	42,7
2002	18.488.668	4.110.355	1.916.702	24.515.725	39,9
2005	16.194.665	3.838.326	4.118.194	24.151.185	39,1
2009	9.990.488	4.643.272	5.155.933	19.789.693	31,9
2013	11.252.215	3.694.057	3.755.699	18.701.971	30,3

von Prekariat, Ungleichheit, etc.

Ob man allerdings trotz des guten Ergebnisses der Union schon von einer Renaissance der Volksparteien sprechen kann, ist fraglich; denn von ihrer einstigen Bindekraft ist auch die Union, die 1983 noch von 43 Prozent aller Wahlberechtigten gewählt wurde, weiterhin weit entfernt.

Dass die Bindekraft der Union nicht die frühere Stärke erreicht hat, zeigt auch, dass mit der Alternative für Deutschland zum ersten Mal seit 1957 eine Partei rechts von der Union fast den Einzug in den Bundestag geschafft hätte. Dabei darf die AfD nicht als lediglich eurokritische Partei verharmlost werden. Sicherlich gab es einige AfD-Wähler, die nur aus Furcht vor einer Verschlimmerung der Euro-Krise diese politische Gruppierung gewählt haben. Doch die meisten AfD-Wähler entstammen dem latent in Deutschland wie auch in anderen westlichen Demokratien vorhandenem rechtspopulistischen bis rechtsradikalen Milieu der Gesellschaft. Viele AfD-Wähler entsprechen in ihrem sozialen Profil exakt den „Schönhuber-Republikanern“ der 1980er und 1990er Jahre oder entstammen gar dem rechtsradikalen NPD-Milieu (vor allem in einigen neuen Ländern wie Sachsen).

Auf jeden Fall ist die AfD für die große Mehrheit des deutschen Mittelstands keine Alternative zur FDP. Das liberale Wählerpotential, das sich von der Politik in erster Linie einen Abbau der aus ihrer Sicht überbordenden staatlichen

Bürokratie erhoffte und erhofft, hat mit dem rechtspopulistischen bzw. rechtsradikalen Milieu nichts zu tun. Insofern gab es auch – anders als es völlig irreführende Zahlen der methodisch äußerst fragwürdigen AfD-Wählerwanderungen glauben machen wollten – nur geringfügige Abwanderungen früherer FDP-Wähler zur AfD.

Die Zahl der Nichtwähler blieb 2013 fast so hoch wie schon 2009. Sie war wie schon 2009 größer als 1949, als das politische System im Nachkriegsdeutschland noch nicht voll etabliert war, und zeigt, dass der Unmut über die praktizierte Politik bei einem großen Teil der Wahlbürger unvermindert vorhanden ist.

Beklagt wird von vielen Nichtwählern – aber inzwischen auch von manchem, der sich noch an Wahlen beteiligt –, dass sich die Politik in immer stärkerem Maße an Meinungen und Forderungen von Minderheiten und immer weniger an den Bedürfnissen der Mehrheit der Menschen orientiert. Diesen Eindruck haben auch die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD eher verstärkt als abgemildert, weil dort eher über Randthemen und nicht über Themen, die für die Bürger existentiell wichtig sind, gestritten wurde – wie den Mindestlohn, den zwar eine Mehrheit prinzipiell für richtig, aber nur eine Minderheit für wichtig hält, die Gleichstellung von Homo-Ehen, die doppelte Staatsbürgerschaft, etc.

ANGELA MERKEL – UND WAS SONST? DAS „C“ UND DIE FRAGE NACH DER IDENTITÄT DER CDU

von Volker Kronenberg

In der Gründungsphase der Union erwies sich das „C“ als wichtiger Identitätsanker einer Sammlungsbewegung, die noch in der Weimarer Republik stark zersplittert war. Doch was bedeutet das „C“ für die heutige CDU, was kann es in Zukunft für die Partei bedeuten? Grundsätzlich können mit Blick auf diese Frage zwei Maßstäbe angelegt werden: der quantitative und der qualitative. Einerseits könnte man erfassen, wie hoch der prozentuale Anteil an Christen in der Parteimitgliedschaft und in Führungspositionen der CDU ist – vor allem im Vergleich zu anderen Parteien. Die eingangs gestellte Frage zielt jedoch auch und vor allem auf die politischen Inhalte, auf das Profil der Union. Beide Aspekte sind deshalb hoch aktuell, weil die „C“-Parteien bei der Bundestagswahl 2013 ein eindrucksvolles Ergebnis erzielten. Es drängt sich die Frage auf, wie relevant der „C“-Faktor am 22. September 2013 gewesen ist. Dabei stehen zwei Hypothesen im Raum: Erstens, dass es keineswegs nachteilig ist, dass das „C“ der CDU changiert und thematisch nicht allzu präzise ausgelegt wird. Die etwas diffuse Grundorientierung an christlichen Werten gehört demnach



Prof. Dr. Volker Kronenberg

ist Studiendekan der Philosophischen Fakultät und Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

zum Typus einer Volkspartei. Zweitens, dass die CDU mit Blick auf ihre Mitglied- und Wählerschaft im Vergleich mit den anderen etablierten Parteien heute nach wie vor die einzige deutsche „C“-Partei darstellt, diese Ausrichtung aber auch von weniger religionsaffinen Wählern positiv wahrgenommen wird.

Die Union unter Angela Merkel hat 2013 erstmals seit fast zwanzig Jahren wieder ein 40-Plus-Ergebnis erreichen können, und dies in einer Gesellschaft, die sich in ihrer Sozialstruktur signifikant von jener vor über fünfzig Jahren, in der die CDU unter Konrad Adenauer stets

hervorragende Stimmenanteile erzielt, unterscheidet. Nicht zuletzt bei der Zugehörigkeit der Menschen zu einer der beiden christlichen Kirchen, deren Anteil vor fünfzig Jahren noch ungefähr 90 Prozent betrug. Heute sind es noch ca. 60 Prozent, von denen wiederum in Westdeutschland fast Zweidrittel und in Ostdeutschland sogar 80 Prozent selten oder nie in die Kirche gehen. Natürlich darf man die Relevanz des Christlichen, seinen Stellenwert in Gesellschaft und Politik nicht auf Konfessionszugehörigkeiten oder gar mehr oder weniger regelmäßige Kirchenbesuche reduzieren. Denn ungeachtet aller statistischen Veränderungen in der Sozialstruktur wird „Christlichen Werten“ in der Bevölkerung nach wie vor eine beachtliche Bedeutung zugemessen, wie Thomas Petersen als Ergebnis einer repräsentativen Untersuchung des Instituts für Demoskopie in Allensbach betont: „Der

„Die Union unter Angela Merkel hat 2013 nach fast zwanzig Jahren wieder ein 40-Plus-Ergebnis erreichen können...“

Glaube hat für die Bevölkerung an Bedeutung verloren, doch die christliche Kulturtradition wird auch von denjenigen verteidigt, die sich nicht mehr als Christen empfinden.“ Die Union nimmt das „Christliche“ weiterhin ernst, zeigt sich jedoch offen für gesellschaftliche Veränderungen und vermeidet es ganz bewusst, das „C“ allzu sehr zu präzi-

sieren. Sie tut dies zweifellos auch aus strategischen Gründen. Schließlich will sie „Volkspartei“ jenseits der 40%-Marke sein – und dabei würde es ihr keineswegs helfen, das „C“ allzu prominent zu platzieren. Die Union versteht sich nicht als Weltanschauungspartei, verfügt neben ihrem Bundes- und den jeweiligen Landesverbänden noch über zahlreiche Vorfeldorganisationen, Vereinigungen und Sonderorganisationen. Die Koexistenz von so unterschiedlichen Gruppen wie den „Christdemokraten für das Leben“, dem „Deutsch-Türkischen Forum“ oder den „Lesben und Schwulen in der Union“ ist Ausweis des Pluralismus der Partei. Der hierdurch notwendig werdende „Spagat“ zwischen Anspruch und Selbstverständnis des „C“ in und für die Union und den Erfordernissen, neben dem „C“ auch andere Faktoren anzuerkennen bzw. ihnen Geltung zu verschaffen, ist ihr bei dieser Wahl gelungen – sie hat ihre Traditionsmilieus an sich binden und darüber hinaus hinzugewinnen können. Die Union hat aber diesmal vor allem auch deshalb so gut abgeschnitten, weil sie durch Merkel personifiziert wurde – die Spitzenkandidatin war *der* Erfolgsfaktor im Jahr 2013.

Aber was kommt danach? Nach jener Parteivorsitzenden, die ihrerseits ganz bewusst – man erinnere sich an die unverhohlene öffentliche Kritik an Papst Benedikt – das „C“ selbstbestimmt und für manche ungebührlich interpretiert. Im engsten Führungskreis der CDU gibt es neben Merkel drei weitere Mitglieder,

die evangelisch sind, zwei sind katholisch, niemand konfessionslos. Und doch kommt es auf die evangelische, geschiedene und wiederverheiratete Pfarrerstochter aus der Uckermark an. Die vermeintliche „Physikerin der Macht“, die als kalt, rein rational galt und der die Empathiefähigkeit abgesprochen wurde. Über die es immer wieder mit spöttisch, fremdelnden und zweifelndem Unterton aus manchem Unions-Landesverband hieß: gehört sie wirklich zu „uns“? Heute, so scheint es, nach 13 Jahren, ist das Geraune weitgehend verstummt. „Mutti“ heißt es nun, nicht Physikerin. Plötzlich erkennt man fürsorgliche Seiten und weiche Züge. Unter denen, die lange Jahre zweifelten an der Unions- oder „C“-Tauglichkeit Merksels, waren vor wenigen Monaten viele, die sich um genau diese Frau als Wahlkampfhelferin rissen. Baden-Württemberg, Hessen, Bayern – überall wollte man sie. Merkel hat nie aus ihrem evangelischen Glauben, ihrer Herkunft einen Hehl gemacht, aber beides auch nie wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Im Wahlkampf thematisierte sie es nur, wenn es angebracht schien.

Dennoch weiß selbst Merkel, dass das „C“ mit Blick auf die Unions-Wählerschaft auch eine quantitative Dimension hat. Denn die CDU ist – betrachtet man die Mitgliederstruktur im Vergleich – nach wie vor eine „christliche“ Partei: 53 Prozent der CDU-Mitglieder sind katholisch, 38 Prozent evangelisch, 9 Prozent konfessionslos. In der SPD sind 23 Prozent der Mitglieder katholisch,

48 Prozent evangelisch und 26 Prozent konfessionslos.¹ Die CDU zieht im Vergleich zu anderen Parteien mehr Christen an, 91 Prozent der Parteimitglieder sind auch in einer der beiden christlichen Kirchen. Die Union animiert sie zur Identifikation qua Mitgliedschaft, vermag offenbar durch Programm, Personen, auch durch ihr Profil zu überzeugen. „Noch“ sagen die einen, „nach wie vor“ die anderen, „kaum noch“ dritte. Die Themen, entlang derer diese Debatte geführt wird, variieren, die Spannungen bleiben: „ein Kreuz“ sei das mit dem „C“, sagen manche, andere fordern gar grundsätzlich, das „C“ solle aus dem Parteienamen gestrichen werden. Die Spannungen sind nicht neu, aber interessant ist, dass diese Reibungen, die mit einer solchen Debatte verbunden sind, keineswegs nur negativ betrachtet werden müssen. Sie können überaus konstruktiv sein, können das gesamte Spektrum verdeutlichen, „wer“ für „was“ „warum“ das „C“ reklamiert.

Je größer die Bandbreite an Positionen, desto höher die Spannung – desto höher aber auch die mögliche elektorale Reichweite, wenn trotz aller Varianzen ein gemeinsamer Kern – das christliche Menschenbild in seinen unterschiedlichen Facetten – erkennbar bleibt. Die immer wieder diskutierte Aufweichung des „C“-Profils wird von weiten Teilen der Wählerschaft nach Be

¹ Bei den Grünen sind 19 Prozent katholisch, 36 Prozent evangelisch, 42 Prozent konfessionslos. Bei der Linkspartei sind 7 Prozent der Mitglieder katholisch, 11 Prozent evangelisch, 79 Prozent konfessionslos. In der FDP 22 Prozent katholisch, 46 Prozent evangelisch und 30 Prozent konfessionslos.

„Bei CDU wie CSU, so lautet ein Befund, gehöre die christliche Ausrichtung zum ‚gewachsenen Erbe‘“

funden verschiedener Untersuchungen gar nicht oder kaum wahrgenommen. Von einer großen Mehrheit der Bevölkerung und von einer überwältigenden Mehrheit ihrer Wähler wird die Union – grundsätzlich, abstrakt – immer noch mit christlichen Werten in Verbindung gebracht. Bei CDU wie CSU, so lautet ein Befund, gehöre die christliche Ausrichtung zum „gewachsenen Erbe“. Dieses Erbe wird mehrheitlich in der Bevölkerung – eben auch von jenen, die selbst von sich sagen, sie stehen der Kirche distanziert gegenüber – positiv gesehen. Doch dieses Erbe, ein hohes Gut aus Sicht der Partei, macht es nicht einfach, im politischen Alltag klare Positionen zu finden. Es ist eben nicht immer einfach, mit dem Verweis auf das „C“ politische Weichenstellungen vorzunehmen:

Legt das „C“ fest, ob Schwarz-Grün nun möglich wird oder nicht? Quasi: C+Ö?

Legt das „C“ die Marschroute auf dem Weg zur „Energiewende“ fest?

Legt das „C“ fest, wie bei der Frage der Präimplantationsdiagnostik zu entscheiden ist?

Die Fragen sind auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt, unterschiedlich wichtig – aber sie alle können im Zeichen des „C“ diskutiert werden. Gibt es *die* Antwort? Von sich aus, gewissermaßen autoritativ, muss die Antwort „nein“ lauten. Das „C“ kann nur vermittelt – eben in der Sphäre der Politik – Geltung erlangen. Dies sei anhand von zwei o.g. Fragen verdeutlicht: Erstens: Ist Schwarz-Grün wünschenswert? Aus christlicher Sicht wäre die Antwort positiv, wenn man an die verbindenden Elemente der Bewahrung der Schöpfung, der Nachhaltigkeit oder des Subsidiaritätsprinzips denkt. Nein lautete die Antwort, wenn man grüne Forderungen stark akzentuiert, die den christlichen Religionsunterricht abschaffen oder den christlichen Gottesbezug aus dem Grundgesetz streichen wollen. Was aber wiegt schwerer? Zweitens: Als die CDU auf ihrem Karlsruher Parteitag 2010 über die PID debattierte und abstimmte, sprach sich eine knappe Mehrheit gegen Gentests an Embryonen aus. 51 Prozent waren generell gegen die PID, 49 Prozent für eine PID in engen Grenzen. Damit hatten nur 17 Stimmen den Ausschlag gegeben. Wie beide Seiten im Ringen um das Für und Wider dieser medizinischen Praxis argumentierten, musste beeindrucken. Befürworter wie Gegner stellten bei ihrer Argumentati-

on grundsätzlich den Schutz des Lebens und die Würde des Menschen in den Vordergrund. Diese Sternstunde der innerparteilichen Debattenkultur kam damit einer Vergewisserung über das christliche Menschenbild und seine Anwendung gleich, obwohl das „C“ hier argumentativ keine klare politische Entscheidung in die eine oder andere Richtung vorgab.

Beide Fragen, sowohl die nach der strategischen Ausrichtung und die nach den politischen Werten, zeigen, dass das „C“ nur grundsätzliche Orientierung geben kann. Es kann etwas Wertvolles sein, durch seine normative Fundierung in der Bibel, den Humanitäts- und Caritasgedanken, in seiner Betonung der Menschenwürde, in seiner Achtung vor Gott und den Menschen. Es kann die Richtung weisen, es kann Halt geben, um nicht dem Relativismus, Zynismus, Nihilismus oder Ökonomismus zu verfallen, aber es lässt jedem einzelnen in seiner Gewissensfreiheit das Recht und die Pflicht abzuwägen und verantwortungsvoll zu entscheiden. Eine Volkspartei mit 470.000 Mitgliedern ist per se plural, will es auch sein, wendet sich gegen das Aufrechnen von Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Sie versucht ihrem Fundament, zu dem wesentlich das „C“ gehört, für die Gegenwart und Zukunft Geltung zu verschaffen. Was heute manchem als Verrat am „C“ erscheinen mag, kann morgen oder übermorgen ganz selbstverständlich als christlich gelten. Oder sich aber als Irrtum erweisen, den es zu korrigieren

gilt. Das „C“ ist politisch gesehen eben nicht eindeutig, es sagt nicht klar, was zu tun ist, es ist nicht bequem, sondern fordernd, auch anstrengend. Es erinnert politisch Verantwortliche daran, sich selbst, ihr Handeln und dessen Folgen im Lichte des Gemeinwohls zu wägen, sich persönlich nicht zu wichtig zu nehmen, schlussendlich sich stets bewusst zu sein, welche Verantwortung es ist, das „C“ im Namen zu tragen. Ein Grundsatz, der für die CDU auch in der Post-Merkel-Ära kaum an Bedeutung verlieren dürfte.

ABSCHLUSSPUBLIKATION DES FORSCHUNGSPROJEKTS

CHINA IM SPIEGEL DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT



Ab Januar 2014 abrufbar unter
www.bapp-bonn.de/publikationen

ROT-ROTE HASSLIEBE? SPD UND LINKE NACH DER BUNDESTAGSWAHL

von Volker Best

Noch mitten in den Koalitionsverhandlungen mit der Union hat die SPD beschlossen, in Zukunft ein Bündnis mit der Linken nicht mehr länger auszuschießen. Außer vom gescheiterten Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück, der von „Pirouetten“ zur Unzeit sprach, gab es an diesem massiven Kurswechsel in der SPD keine vernehmbare Kritik. Selbst der Sprecher der im „Seeheimer Kreis“ organisierten Parteirechten, Johannes Kahrs, lobte die koalitionspolitische Öffnung nach links als vernünftigen Schritt. Abgesehen davon, dass die Perspektive eines Linksbündnisses ab 2017 manchem skeptischen Basismitglied ein Ja zur Großen Koalition im Mitgliederentscheid und deren Ertragen in den nächsten vier Jahren einfacher machen dürfte – insofern kommt der Beschluss keineswegs zur Unzeit –, ist die rot-grüne Wunschkoalition nach 2005 und 2009 nun zum dritten Mal in Folge deutlich gescheitert.

Die Tabuisierung der Machtoption zur Linken nützte einerseits der Union, die sich unter diesen Vorzeichen sehr sicher sein konnte, ihre Position als Kanzlerinnenpartei zu erhalten. Nicht, dass sie



Volker Best

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

deshalb auf ihren Wahlkampfschlager, der Warnung vor Rot-Rot-Grün, verzichtet hätte. Der SPD glaubte daher auch 2013 nur jeder zweite Wähler ihre Absage an Die Linke. Andererseits profitierte Die Linke selbst von der Zurückweisung, die sich so als einzige Alternative zur „Konsenssuppe“ der anderen Parteien darstellen konnte. Durchaus geschickt war es dabei von der neuen Parteiführung der Linken, sich erstmals vor der Wahl selbst zu einer rot-rot-grünen Koalition bereit zu erklären. Den schwarzen Peter für deren Nichtzustandekommen schob sie damit erfolgreich der SPD zu, selbst wenn die von ihr formulierten Maximalbedingungen zeigen, dass ihr

eigener Bündniswille reine Fassade war.

Der Kurswechsel der SPD verteilt die Beweislast nun neu. Das schöne Leben der Linkspartei in der fundamentaloppositionellen Komfortzone ist damit vorbei. Ab jetzt trägt in allererster Linie sie die Schuld, wenn sie durch Kompromisslosigkeit eine linke Regierungsmehrheit verhindert. Zugleich ist der Beschluss ein Signal an die Reformer in der Linken: Gelingt es diesen, ihre Partei im Laufe der nächsten vier Jahre in Richtung Regierungsfähigkeit zu steuern, wird diese Leistung in Form einer Regierungsbeteiligung belohnt werden. Den Maßstab liefert die SPD gleich mit: eine stabile parlamentarische Mehrheit, ein finanzierbarer Koalitionsvertrag und eine verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik.

Ob bis 2017 tatsächlich der Boden für eine rot-rot-grünen Regierungsübernahme bereitet werden kann, ist freilich nicht ausgemacht. Die Große Koalition, auf der die SPD derzeit zusteuert – und mangels Alternativen zusteuern muss – bildet hierfür sicherlich nicht den optimalen Ausgangskontext. Bei einer schwarz-gelben Neuaufgabe, einer Alleinregierung der Union oder einem schwarz-grünen Bündnis wäre eine Annäherung von SPD und Linken in der Opposition ohne Frage einfacher gewesen. Unter den Rahmenbedingungen einer Großen Koalition kann sich Die Linke hingegen strategisch nicht die Gelegenheit entgehen lassen, die SPD – wie schon zwischen 2005 und 2009

mit dem Aufgreifen von deren Wahlkampforderungen – in Schauanträgen zu piesacken, die die Sozialdemokraten um des lieben Koalitionsfriedens willen nicht mittragen können. Gregor Gysi hat bereits fünf solcher Anträge angekündigt, darunter zur Abschaffung des Betreuungsgeldes und zur vollständigen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften. Bei ihrer Pressekonferenz zum Koalitionsvertrag attackierten Gysi und Katja Kipping in erster Linie die SPD, der sie vorwarfen, in zehn von fünfzehn Punkten „nicht geliefert“ zu haben und in weiteren vieren nur teilweise.

Auch ist unklar, ob die Reformer innerhalb der Linken in der Lage sein werden, sich durchzusetzen. Zentrale Forderungen der Linken wurden explizit

*„Ob bis 2017
tatsächlich der Boden
für eine rot-rot-grünen
Regierungsübernahme
bereitet werden
kann, ist freilich nicht
ausgemacht.“*

gegen die SPD formuliert. Inwieweit Die Linke hier Abstriche vornehmen kann, ohne im Westen ihren Wählerzuspruch als Protestpartei zu gefährden und sich überflüssig zu machen, ist fraglich. Zwar schwindet der Einfluss Lafontaines, der nach der Bundestagswahl 2009 auf eine noch stärkere Radikalisierung gesetzt hatte und die rot-rote Hassliebe wie

kein Zweiter verkörpert, in der Partei zusehends. Dennoch bedurfte es in der neuen Bundestagsfraktion, in der Ost und West gleich stark vertreten sind, eines stundenlangen Streits, bis der im Wahlkampf überragende Gysi seine alleinige Fraktionsführerschaft durchsetzen konnte. Sahra Wagenknechts nicht zuletzt dank ihrer Talkshow-Dauerpräsenz auch über den linken Parteiflügel hinaus anerkanntem Machtanspruch musste er zumindest soweit entsprechen, dass sie zur herausgehobenen ersten Stellvertreterin wurde. Dies bedeutet eine Degradierung des mit ihr bislang auf Augenhöhe operierenden Reformerspitzenmanns Dietmar Bartsch, der auch durch die erfolglose Kandidatur um den Parteivorsitz 2012 geschwächt ist.

Auf den Öffnungsbeschluss der SPD reagierte Die Linke bis dato mit Zweifelsbekundungen hinsichtlich seiner Ernsthaftigkeit, Sticheleien und über die Medien transportierte Aufforderungen zu unverzüglichen Spitzengesprächen sowie – entgegen der eindeutigen Aussage im Wahlkampf – zur Bildung einer rot-rot-grünen Regierung bereits zum jetzigen Zeitpunkt – also nicht unbedingt konstruktiv.

Recht hat Die Linke allerdings, wenn sie die Landtagswahlen in drei ostdeutschen Ländern im Herbst 2014 zum Lackmустest für den sozialdemokratischen Kurswechsel ausruft. Eine interessante Entscheidung steht in Brandenburg an, wo Platzbeck-Nachfol-

ger Dietmar Woidke, der von diesem eine rot-rote Koalition übernommen hat, eine stärkere Affinität zu einer Großen Koalition nachgesagt wird. Noch spannender dürfte es in Thüringen und Sachsen (und 2016 in Sachsen-Anhalt) werden, wo die SPD als Regierungspartei im Bund kaum darauf hoffen kann, an der Linkspartei vorbeizuziehen. Wird sie in diesem Falle bereit sein, einen Ministerpräsidenten der Linken mitzuwählen? In Thüringen war deren Spitzenkandidat Bodo Ramelow 2009 den Sozialdemokraten fast bis zur Selbstverleugnung entgegengekommen, indem er trotz glasklarer Stärkeverhältnisse zwischen Linken und Sozialdemokraten vom eigenen Anspruch auf das Amt Abstand nahm und sich mit dem Vorschlagsrecht eines Ministerpräsidentenkandidaten begnügen wollte. Dass die thüringische SPD dann lieber Juniorpartner der CDU wurde, war vor diesem Hintergrund ein äußerst unfreundlicher Akt gegenüber den ostdeutschen Reformkräften in der Linken. Der thüringische SPD-Landeschef Christoph Matschie, der damals die Entscheidung pro CDU durchgeföhnt hatte, äußerte nun aber die Bereitschaft zu einer Koalition unter Führung der Linken.

Der Lackmустest der Ernsthaftigkeit des sozialdemokratischen Kurswechsels im Osten ist das Eine. Das Andere ist der bisher übliche Probelauf neuer Regierungsbündnisse auf der Länderebene, bevor diese im Bund aufgelegt werden. Ein solcher zweiter Lackmуст-

„Das Verhältnis zwischen SPD und Linken bleibt trotz des Öffnungsbeschlusses der Sozialdemokraten ein schwieriges.“

test ist zwar kein festgeschriebenes Gesetz und im Osten auch schon mehrfach durchgeführt worden. Für ein Bündnis, das gerade im Westen noch sehr skeptisch beäugt wird, stellt sich aber die Frage, ob nicht auch ein Testlauf in einem westlichen Flächenland Not tut. Nachdem es in Hessen hierzu nicht gekommen ist, blieben hierfür nur noch einige wenige Gelegenheiten (Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz 2016, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein 2017). Die bis zur Bundestagswahl 2017 nur kurze Restlaufzeit etwaiger hier aufs Gleis gesetzter rot-rot-grüner Koalitionen könnte sich insbesondere angesichts der angespannten Finanzsituation der Länder als vorteilhaft erweisen. Ein vorzeitig gescheitertes Experiment würde nur der Union nützen. Wo sich die SPD aber gegen Rot-Rot-Grün entscheidet, muss sie dem Durchschnittswähler nun einleuchtendere Gründe liefern als 2010

in Nordrhein-Westfalen. Damals hielt Hannelore Kraft einem chaotischen und sektiererischen Linke-Landesverband mit zum Teil hanebüchenen Programmpunkten in erster Linie sein ungeklärtes Verhältnis zur DDR vor – 20 Jahre nach deren Ende, und im tiefen Westen!

Das Verhältnis zwischen SPD und Linken bleibt trotz des Öffnungsbeschlusses der Sozialdemokraten ein schwieriges. Aber aus der rot-roten Hassliebe muss nicht unbedingt eine *amour fou* werden, damit man gemeinsam am Kabinettstisch Platz nehmen kann.

DIE GRAUEN GRÜNEN – ZUKUNFTSAUSSICHTEN EINES WAHLVERLIERERS

von Hubert Kleinert

Keine Frage, dass auch die Grünen zu den Verlierern des denkwürdigen Wahlsonntags im September zu zählen sind. Vor zwei Jahren medial als Volkspartei von morgen gehypt, noch im Sommer näher bei fünfzehn als bei zehn Prozent, haben sie einen regelrechten Absturz erlebt. Mit gerade acht Prozent hat die Partei, die sich schon als geistig hegemonale Kraft des neuen urbanen Bürgertums wähnte, eine glatte Bauchlandung hingelegt. Und sich auch hernach nicht eben couragiert gezeigt: Trotz aller verbalen Freundlichkeiten wirkten die Parteispitzen in den schwarz-grünen Sondierungsgesprächen nicht gerade wie mutige, entschlossene und selbstbewusste Pfadfinder bei der Suche nach neuen politischen Gestaltungschancen. Lieber hat man sich mehr oder weniger freiwillig zu Gysi auf die Oppositionsbänke begeben.

Der Niedergang der Grünen im Wahljahr 2013 hatte sicher verschiedene Ursachen: Das Fehlen eines urgrünen Mobilisierungsthemas, die machtpolitische Konstellation ohne eine realistische Machtoption, die extreme Personalisierung. Auch die überzogenen steu-



Prof. Dr. Hubert Kleinert

ist an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung in Gießen als Professor tätig.

erpolitischen Vorstellungen der Partei mögen eine Rolle gespielt haben. Dazu kam dann in der letzten Wahlkampfphase die Heimsuchung der Partei und namentlich ihres Spitzenmannes Trittin durch ihre schlimmeren Jugendsünden: Die Päderastiedebatte.

Sicher aber hatte der grüne Misserfolg auch mit der Performance der Partei zu tun. Erstmals seit 1998 hat sich das von den politischen Konkurrenten lange wirkungslos der Partei angeheftete Image der Verbotspartei und Spaßbremse in der Wählergunst wirklich niedergeschlagen, hat der pie-

tistisch-missionarische Grundzug, den die Grünen von Anfang an auch mit sich geschleppt haben, als Nachteil ausgeschlagen. Nur so konnte der Veggie-Day seine Wirkung entfalten. Hinzu trat ein Spitzenpersonal, dem es an Witz und Schlagfertigkeit fehlte, um in der hoch personalisierten Wahlauseinandersetzung mediale Spuren zu hinterlassen. Im Gegensatz zu einem gewitzt wie selten agierenden Gysi wirkte das grüne Spitzenduo entweder zu arrogant, zu trocken, zu oberlehrerhaft oder zu bieder – oder alles zusammen. Die eigentliche Enttäuschung dabei war die Realo-Vertreterin Göring-Eckart, die gegenüber dem „linken“ Trittin kaum einen eigenen Akzent zu setzen vermochte.

„Mit gerade acht Prozent hat die Partei, die sich schon als geistig hegemoniale Kraft des neuen urbanen Bürgertums wähnte, eine glatte Bauchlandung hingelegt.“

Dass der Partei im öffentlichen Eindruck eine gewisse Frechheit und Frische abhanden gekommen ist, lässt sich anhand der Stimmenanteile der Grünen in den unterschiedlichen Altersgruppen deutlich zeigen. Während die Verluste der Partei in der Altersgruppe zwischen 45 und 59 am geringsten aus-

gefallen sind, waren sie bei Erst- und Jungwählern am höchsten. Hier haben die Grünen mehr als ein Drittel ihres traditionell überdurchschnittlichen Stimmenanteils eingebüßt.

In den Tagen nach der Wahl ist denn auch viel über den anstehenden Generationswechsel bei den Grünen gesprochen worden. Und tatsächlich sind Renate Künast, Claudia Roth und Jürgen Trittin aus der ersten Reihe zurückgetreten. Manch einer fragte sogar, ob dieser Generationswechsel nicht zu spät gekommen sei.

Die ersten Auftritte der neuen Spitze sprechen freilich kaum für einen echten Wandel. Wie auch? Katrin Göring-Eckart ist zwar ein Jahrzehnt jünger als die Trittins und Roths, zählt aber auch schon lange zum Parteiestablishment. Und die ehemalige saarländische Umweltministerin Simone Peter wirkt bislang eher wie der Prototyp einer Parteifunktionärin, die sich auf die Artikulation der üblichen Floskeln des grünen Parteisprechers beschränkt. Originell und kreativ ist das nicht.

Weniger als Alter und Erfahrung spielt in der öffentlichen Wirkung der grünen Parteispitzen ein Faktor eine Rolle, der auf ein parteiensoziologisch bislang wenig beachtetes Phänomen zurückgeht: Je älter die Grünen werden und je mehr sie dabei in die etablierte Gesellschaft hineinwachsen, an deren Rändern sie einst entstanden sind, umso stärker werden auch sie dominiert vom

klassischen Typus des Parteifunktionärs mit all seinen phänotypischen Stärken und Schwächen, wie wir sie seit den Arbeiten von Robert Michels kennen. Immer mehr bestimmt die Organisationslogik die Sachlogik und spielt das Selbsterhaltungsinteresse des Apparats eine entscheidende Rolle. Damit einher geht der Verlust an intellektueller Kreativität und bleibt der politisch-intellektuelle Blickwinkel auf organisatorisches Nützlichkeitsdenken beschränkt.

Tatsächlich ergänzen sich die grünen Eliten inzwischen im Wesentlichen aus sich selber. Immer mehr Mandatsträger haben eine klassische Parteikarriere absolviert, immer geringer werden die Chancen für politische Quereinsteiger. Bei den Grünen sind diese Chancen mittlerweile sogar niedriger als bei allen anderen Parteien. Die Partei hat das glatte Gegenteil dessen erreicht, was sie mit ihren überspannten und weltfremden Vorstellungen von Rotation und Amtszeitbegrenzung in der Gründerzeit wollte: Statt einer Verhinderung oder zumindest Begrenzung des Funktionärstums haben wir es mit einer innerparteilichen Vermachtung zu tun, bei der der ganz normale Karrierismus die politische Innovation dominiert. Sichtbare Folge davon ist das Vordringen einer blutleeren, formelhaften Funktionärssprache, die den Eindruck mangelnder Lebendigkeit und geistiger Frische hinterlässt. Der Funktionswandel der Parteiflügel von Orten geistiger und machtpolitischer Auseinandersetzung zu bloßen Karrie-

erwerbsgemeinschaften hat dies zusätzlich befördert.

Insoweit geht es bei den Grünen der Zukunft sicher auch, aber nicht in erster Linie um Verjüngung nach Lebensjahren. Eher schon darum, ob und wie sich die Partei für den Zustrom innovativer Impulse von außen offen halten oder sich wieder mehr öffnen kann. Dabei werden auch die Jüngeren eine Rolle spielen müssen, die sich auf den Ebenen von Landes- und Kommunalpolitik aus der Bundespolitik bislang herausgehalten haben.

Bis heute hat die erste Reihe der Grünen-Politiker im Bund mit wenigen Ausnahmen aus Menschen bestanden, die prägende politische Sozialisations-erfahrungen bereits vor den Grünen gemacht hatten und allenfalls eine nachträgliche Funktionärssozialisation absolviert haben. Das hat einen breiteren politischen Horizont begründet, auch und gerade durch die Auseinandersetzung mit politischen Irrtümern ihrer Jugend. Wenn in Zukunft eine neue Generation diese Partei prägen wird, mag das zwar manche Selbstgerechtigkeit der Altvorderen korrigieren helfen. Umgekehrt aber kann auf solche Vorerfahrungen nicht mehr gesetzt werden. Und begünstigt der Etablierungsprozess von Organisationen Karrieremotive ebenso wie geistige Trägheit. Wo ist denn die grüne Debatte über die digitale Gesellschaft oder die Konsequenzen des demographischen Wandels? Nicht einmal zu einem so drängenden Thema

wie dem Anstieg der Strompreise fallen den Grünen heute intelligente Antworten ein. Was waren das noch für schöne und übersichtliche Zeiten, als die anderen noch für die Atomkraft waren und man sich so richtig abgrenzen konnte.

Niemand kann heute wissen, wo die Grünen in vier Jahren stehen werden. Mag sein, dass ihnen die Oppositionsrolle gegenüber einer Großen Koalition ohne großes eigenes Zutun wieder neue Chancen beschert. Sicher ist das freilich nicht. Denn zur parlamentarischen Konkurrenz der Linkspartei tritt auch allerhand außerparlamentarische Konkurrenz, die Kritik und Proteststimmungen nutzen können: FDP, AfD, auch die Piraten. Gut möglich also, dass auch das Management des Generationswechsels, die künftige Offenheit und geistige Beweglichkeit der Partei ihr weiteres Schicksal wesentlich bestimmen werden.

UNGEWISSE ZUKUNFT STATT NATURGESETZMÄßIGKEIT – AFD UND FDP NACH DER BUNDESTAGSWAHL

von Florian Hartleb

Die Freie Demokratische Partei (FDP) und die Alternative für Deutschland (AfD): Zwei Parteien, die nicht im neuen Bundestag vertreten sind, bewirkten im Nachgang der Bundestagswahl emotionale Bewertungen, allerdings auf ganz unterschiedliche Art und Weise. Das erstmalige Ausscheiden der FDP in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte sorgte für Schadenfreude, Spott und Häme in allen politischen Lagern. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel drückte etwa beim Leipziger SPD-Parteitag im November 2013 unverholen seine Freude darüber aus, dass die FDP „endlich weg“ sei. Zugleich ging im Zuge der Bundestagswahl die Befürchtung um, dass mit der AfD zum ersten Mal eine Partei mit (manchen) rechtspopulistischen Zügen in den Bundestag einzog. Die neue, als Protestpartei wahrgenommene Kraft verfehlte ihr Ziel nur denkbar knapp. Der eigentliche zur Neutralität verpflichtete Bundespräsident Joachim Gauck äußerte dann auch, er sei sehr dankbar, dass im neuen Bundestag keine populistischen Parteien vertreten seien. Ganz offenkundig zielte seine umstrittene Äußerung auf die AfD. Ein paar Ähnlichkeiten sind hier



Dr. Florian Hartleb

ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Zudem hat er Lehraufträge an der Universität Bonn, der Hochschule für Politik München und der Katholischen Universität Eichstätt inne.

trotz zahlreicher Unterschiede auch zu finden. Beide Parteien wollen weniger Staat, sehen den Mindestlohn als Übel, der nun in der neuen Regierungskonstellation beschlossene Sache ist. Viele der Wähler, die 2009 noch ihr Kreuz bei der FDP machten, gaben 2013 immerhin der AfD ihre Stimme.

Beide Parteien, FDP und AfD, die sich in herzlicher Abneigung gegenüberstehen, berufen sich auf den Liberalismus als geistig-politische Grundströmung

ihres Tuns. Während sich die FDP unter neuer Führung, mit dem Vorsitzenden Christian Lindner hier wieder positionieren möchte, sieht sich die AfD in ihrer Selbstdarstellung keck als liberalen Erben der FDP. Die auf den Vorsitzenden Bernd Lucke zugeschnittene Partei weist dabei den Populismusvorwurf von sich. Die Zukunft beider Parteien, die im Bund den Status einer außerparlamentarischen Opposition haben, damit etwa von der Elefantenrunde in den Talkshows ausgeschlossen sind, scheint ungewiss. Zupass kommt ihnen, dass das Bundesverfassungsgericht für die im kommenden Mai anstehende Europawahl die Hürde von fünf auf drei Prozent absenkte.

Das Schicksal beider Parteien entscheidet sich aber nicht mit Brüssel und Straßburg. Vielmehr geht es um eine Neuausrichtung, die möglichst nach außen hin Geschlossenheit demonstriert. Für die FDP bedeutet das – jenseits des Images, staatstragend Mehrheitsbeschaffer für die Union zu sein und deshalb naturgemäß die Zweitstimme zu bekommen – ein Profil aufzubauen. Auch bei der Wahl in Bayern scheiterte die FDP deutlich, dort ebenfalls an der Regierung mit dem simplen, inhaltsleeren Spruch, eine Alleinregierung der CSU verhindern zu wollen. Dabei geht es darum, nicht mehr als Partei der Besserverdienenden und Klientelpartei für Apotheker, Hoteleigentümer, Beamte und klassische Berufspolitiker, oftmals junge, männliche Karrieristen wahrgenommen zu werden, sondern

als die Kraft in Deutschland, welche sich nachhaltig für die Bürgerrechte einsetzt. Zumal weiche Faktoren zählen, da es der alten Spitze nicht gelang, ein sympathisches und dabei modernes Lebensgefühl zu verkörpern. Fraglich ist dabei, wie stark euroskeptische Poten-

„Beide Parteien, FDP und AfD, die sich in herzlicher Abneigung gegenüberstehen, berufen sich auf den Liberalismus als geistig-politische Grundströmung ihres Tuns.“

tiale innerhalb der Partei Gehör finden. Die FDP wird wohl die herrschende Eurorettungspolitik kritisieren, ohne dabei aber mit dem Feuer von Ausstiegsszenarien zu zündeln. Auch hier geht es darum, ob man sich hier auf ein Kräftemessen mit der genuin euroskeptischen AfD einlässt. Diese hat sich ja gerade gegründet, um den proeuropäischen Konsens der Bundesrepublik bröckeln und den von Angela Merkel als alternativlos bezeichneten Weg der Solidarität mit den Krisenländern als Irrweg erscheinen zu lassen.

Hier besteht durchaus ein beträchtliches Potential: Mit Wahlkämpfen gegen Europa und einer Politik der Vorurteile konnten zuletzt zahlreiche rechtspopulistische Parteien in den Nachbarlän-

den reüssieren. Der andauernde Erfolg hat seine Ursachen in zwei Themen: die besagte Unpopularität der EU, welche sich durch die Eurowährungskrise verstärkt, sowie ein Antiimmigrationskurs, verbunden mit der harschen Pauschal-kritik am Islam. Mit letztgenannter Agenda versucht die AfD derzeit, ihr Repertoire zu erweitern und die Erfolgsformel westeuropäischer Rechtspopulisten zu kopieren und buchstabieren. Sie verbindet als Gewinnerformel eine neoliberale Ausrichtung mit einer autoritären Stoßrichtung, in den 1990er Jahren ein Wesensmerkmal von Front National (FN) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)¹, die allerdings später mehr und mehr protektionistisch-globalisierungskritisch geworden sind.

Ob die Rechnung aufgeht, ist angesichts der in Deutschland besonders kritischen Öffentlichkeit offen. Gerade dadurch kann die Partei keine gemeinsame Sache mit den Wilders, Le Pens & Straches machen, die gerade eine Allianz für die Europawahl schmieden. Die Partei dürfte weniger an ihrem professionellen Image scheitern – Populisten leben ja gut von offenkundigen Widersprüchen. Derartige Parteiprojekte werden europaweit oftmals von Multimillionären geführt, die es schaffen, den viel beschworenen „kleinen Mann“ auf ihre Seite zu ziehen.² Vielmehr ist der Aufbau einer professionellen Parteistruktur die zentrale Herausforderung, die sich von

den Malus befreit, von Trittbrettfahrern und Querulanten unterwandert oder gar von Richtungskämpfen beherrscht zu werden. Derartige Anzeichen, etwa chaotische Zustände in einigen Landesverbänden gibt es bereits in der AfD, der zudem bald der Reiz des Neuen schon abhanden kommt. Die Piratenpartei kann bereits ein Lied davon singen, dass das mediale Interesse schnell abflaut.

Auch die FDP muss erst wieder kommunizieren, traditioneller Stabilitätsanker zu sein und als liberales Korrektiv gebraucht zu werden. Ohne die Ressourcen finanzieller und organisatorischer Art, etwa durch eine Bundestagsfraktion, dürfte es aber schwierig sein, die notwendige Aufmerksamkeit zu bekommen. Die zunehmende Dynamik in der Parteienlandschaft bietet auch wenig Raum für Depressionen und eine Beschäftigung mit sich selbst. Zudem hat die FDP den Charakter einer Honorationenpartei. Offenbar haben aber Parteien gerade mit einem prononcierten Anteilitismus, ob Piraten oder AfD in Deutschland oder viele neue Phänomene in Europa, gute Karten, in Parlamente einzuziehen.

Insgesamt wird es in Deutschland keine österreichischen Verhältnisse geben, wo gerade neben zwei rechtspopulistischen Parteien eine neue liberale Kraft in das Parlament einzog. Die Konstellation – eine dauerhafte Große Koalition als reine Vernunftsehe – würde aber auch in Deutschland das Parteiensys-

1 Vgl. Herbert Kitschelt: *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Michigan 1997.

2 Vgl. Florian Hartleb: *Illusion einer intakten Welt. Europas Populisten profitieren von der Krise etablierter Politik*, in: *Internationale Politik*, 18 (2013) 4, Juli/August, S. 52-57.

*„Auch die FDP muss erst
wieder kommunizieren,
traditioneller
Stabilitätsanker zu sein
und als liberales Korrektiv
gebraucht zu werden.“*

tem weiter zerfasern. Von daher werden die Volksparteien schon jetzt, zwangsweise verbunden innerhalb der Großen Koalition, die Suche nach neuen Koalitionspartnern verstärken. Die SPD hat ihre Fühler zur Linkspartei bereits ausgestreckt, ebenso die Union durch kurzzeitige Sondierungen mit den Grünen. FDP und AfD sind derzeit von diesem Spiel der Macht weit entfernt. Sie können sich nur an die Hoffnung klammern, dass die Große Koalition beim Wähler nicht ankommt und außerparlamentarischen Kräften per se zum Aufstieg verhilft. Ein Naturgesetz ist daraus freilich nicht abzuleiten.

DAS PHÄNOMEN DER EIN-THEMA-PARTEI: PIRATEN UND AFD

von Tilman Mayer

Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland ist enorm selektiv. Zwar hat es das Ziel vor Augen, dass Parteien den Bundestag erreichen, dennoch ist nur wenigen der Aufstieg in den Olymp des Parlaments beschieden. Die Fünf-Prozent-Hürde ist tatsächlich eine Hürde, die für alle Newcomer massiv im Raum steht. Das heißt die Parteien werden, auch wenn sie schon gut aufgestellt sind und etwas zu sagen haben, immer danach beurteilt, ob sie genügend politische Potenz haben, die Hürde zu nehmen – oder ob man mit dem Wahlakt womöglich Stimmen verschenkt. Insofern sind Mächtgern-Bundestagsparteien in ihrer Startphase zusätzlich stark belastet. Zweitens sind sie ein Magnet für ein Gewusel an Leuten, die bisher nicht oder vergebens im Parteienstaat reüssierten, alles besser wissen oder ihr Sektierertum mit einer Partei meinen in Verbindung bringen zu müssen. Drittens gibt es aber auch echte Parteianhänger, die als Idealisten sich genau mit dem Anliegen identifizieren, viel Geduld mit ihrer Umgebung aufbringen, Engagement zeigen. Viertens schließlich ist der Zeitfaktor des Durchhaltens zu beachten, denn die politi-



Prof. Dr. Tilman Mayer

ist Professor am Institut für politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

sche Startbahn ist enorm lang bis sich der Parteivogel wirklich von der Startbahn lösen kann und das Parlament erreichbar wird. Auf dem Weg dahin liegen erstaunlich viele Untiefen – die uns konkret zur AfD und zu den Piraten bringen, wobei beide Parteien bereits von viel Engagement leben – aber das allein ist nicht zielführend.

Beide Parteien befinden sich durchaus in unterschiedlichen Entwicklungsphasen. Der Eindruck bei den Piraten lautet, dass ihre Hochphase eindeutig hinter ihnen liegt sie sich nun im Sinkflug befinden und die Landebahn bereits wieder in den Blick nehmen müssen, auch

wenn Landtage Piraten noch als Mitglieder kennen. Das Anliegen der Piraten, in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft die damit verbundenen Herausforderungen zum Hauptthema zu machen, sah absolut vernünftig aus, kann aber auch zwischenzeitlich von anderen Parteien übernommen werden. Die Energie, die für ein derartig neues Thema aufgebracht werden muss, war bei den Piraten zunächst durchaus erkennbar.

Der Erfolg einer neuen Partei hängt auch von ihren Personen ab, man könnte fast sagen von ihrer charakterlichen Disposition, die die Unbestechlichkeit mit einschließt, und den Beruf zur Politik im Sinne Max Webers voraussetzt, das heißt die Eitelkeit darf keine Rolle spielen. Im Falle der Piraten wurde man Zeitzeuge einer Auseinandersetzung der Parteivertreter in der Öffentlichkeit mit dem Ergebnis, dass die Querelen auf der persönlichen Ebene zu einem bleibenden Imageproblem dieser Nachwuchspartei geführt haben. Den Piraten ist es nicht gelungen, von diesem Imageschaden weg zu kommen. Im Gegenteil, die Auseinandersetzungen haben sich verstetigt und vor allen Dingen ist es den Piraten nicht gelungen, ihr Anliegen bleibend in der Öffentlichkeit zu verankern. Darin liegt ein gewisses Paradoxon, weil in den Medien das Aufkommen und die Thematik dieser Partei sehr starke Beachtung gefunden hat.

Umgekehrt der Fall der AfD. Die Alternative für Deutschland ist erst seit wenigen Monaten in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Sie findet in den Medien zwar Beachtung, aber dabei deutlich mehr eine kritische Einschät-

„Der Erfolg einer neuen Partei hängt auch von ihren Personen ab, man könnte fast sagen von ihrer charakterlichen Disposition...“

zung, als dies bei den Piraten der Fall gewesen ist. Andererseits ist das Anliegen der AfD-Anhänger, eine gewisse Euro-Skepsis zu kultivieren, durchaus stärker in der Bevölkerung verankert, jedenfalls als Vorbehalt, wenn auch noch immer nicht unmittelbar mobilisierbar. Die Partei arbeitet an dieser Mobilisierungschance. Es ist ihr großer Erfolg, dass sie es innerhalb weniger Monate vor der Bundestagswahl 2013 geschafft hat, eine große Zahl von Mitgliedern – gesprochen wird von 17.000 – für sich zu gewinnen, was insofern ein Entwicklungspotential für die Partei darstellt.

Wie oben erwähnt bilden die neuen Mitglieder aber ihrerseits zum Teil ein Problem. Im Falle der AfD kann aus der Euro-Skepsis heraus die Chance für rechtslastige Personen entstehen, sich mit dieser Partei neu zu identifizieren unter der Bereitschaft, ihre alte Weltanschauung mitzubringen. Insofern ist

nun die Herausforderung für die AfD auf der Zeitachse, dass unter anderem aus weltanschaulicher Querulanz heraus für die Partei kein bleibender Imageschaden entsteht.

Erkennbar ist die Chance für die AfD, dass sie bei den anstehenden Europawahlen im Frühjahr 2014 ihre Rolle als Protestpartei ausspielen kann, die sie schon bei der Bundestagswahl wahrnehmen konnte. Dort war das Phänomen, dass sie zwar aus dem bürgerlichen Lager mit Stimmen von CDU und FDP stark unterstützt wurde, sich aber durchaus auch viele Stimmen von ehemaligen linken Wählern und von Wählern aus dem Osten – mehr als aus dem Westen – als Protestpotential bei ihr einfanden. Jenseits des puren Protestes eine Konsolidierung zu erreichen, stellt deshalb eine Aufgabe dieses politischen Neustarters dar. Es wäre zweitens eine Aufgabe, einen Imagewandel zu erreichen, um sich zumindest von dem Eindruck einer One-Issue-Party zu entfernen. Schließlich stellt sich die kuriose Frage, ob ihr Parteigründer, Bernd Lucke, weiterhin für sein Parteikind zur Verfügung steht oder ob er der Querelen leid ist und sich aus diesem Engagement zurückzieht – mit unabsehbaren Folgen für eine derartig neue Partei.

An den Rändern ist also Bewegung zu erkennen, aber die politische Spannung aufrechtzuerhalten, das scheint den kleinen Parteien nicht unbedingt gegeben zu sein. Darin liegt eine ihrer besonderen Herausforderungen.

„Erkennbar ist die Chance für die AfD, dass sie bei den anstehenden Europawahlen im Frühjahr 2014 ihre Rolle als Protestpartei ausspielen kann...“

Den Parteien am Rand des parlamentarischen Spektrums, sozusagen als außerparlamentarische Opposition, kommt eventuell zugute, dass die Regierungskoalition in Berlin so viel Unzufriedenheit schaffen könnte, dass man davon profitieren kann. Dennoch ist auch diese Auffangposition voraussetzungsreich, muss man doch zunächst mal unbeschadet durchhalten können, presseöffentlich wahrgenommen werden, personell etwas bieten können und argumentativ auf der Höhe der Zeit sein – und zwar in der vollen Breite des politischen Spektrums.

Die Piraten haben den One-Issue-Sektor nicht verlassen. Sie sind personell unattraktiv geworden, werden kaum noch wahrgenommen. Es gelingt Ihnen nicht mehr, Nachrichtenwerte zu schaffen: eine verhängnisvolle Entwicklung, die die Prognose des Abwärtstrends nahelegt.

Die AfD dürfte dagegen noch Spielraum haben. Aber selbst sie lebt auch von günstigen Umständen, die ihren Gründungskern, die Eurokrise, betreffen. Gelänge es ihr, aus der Identitätsschwäche der Unionsparteien, weil die sich in einer lagerübergreifenden Koalition verkaufen müssen, Kapital zu schlagen, das heißt glaubwürdige, seriöse Identitätsangebote zu zimmern, käme die Parteienlandschaft in Bewegung. Doch davon ist man deutlich entfernt.

Finden Sie uns auf Facebook!
www.facebook.com/bapp.bonn

